Zeitschrift der GEW BERLIN

blz

Unterrichtsservice:
Der Fall der Mauer

Wahlversprechen… bald Schnee von gestern

A 1702 E 53.(68.) Jahrgang September 1999

9

GEW

blz 9/1999

Zeitschrift für die Mitglieder der GEW BERLIN

Titelzeichnung: Freimut Wössner

Übrigens...

Große Begeisterung hat der Schwerpunkt „Wahlen“ nicht in unserem Redaktionsteam ausgelöst. Zu freudlos erschien uns die Perspektive von vier weiteren Jahren große Koalition. Wir haben deshalb auf die üblichen Wahlprüfsteine verzichtet, zumal das Papier, auf dem die Antworten dann stehen, geduldig ist. Wer mehr von den Parteien wissen möchte, kann sich auf den von der GEW organisierten Veranstaltungen zur Wahl einmischen.

Einmischen werden sich auch alle Mitglieder der blz-Redaktion mit dem Wahlzettel am 10.10.99. Wir halten trotz aller Fragezeichen nichts von dem auch in unseren Kreisen weit verbreiteten Schicki-Micki des Nichtwählens. Davon profitiert nur der rechte Rand. 50 Prozent Wahlbeteiligung und damit eine DVU wie in Brandenburg hat ein freies und demokratisches Wahlrecht nicht verdient. Also: hoch den Hintern, auch wenn es mal schneit.

Warum übrigens fast alle Abgeordnetenhausparteien ihre schul- bzw. bildungspolitischen Sprecher nicht wieder aufgestellt haben konnten wir nicht klären. Wir verabschieden uns daher auf diesem Wege von Sybille Volkholz (B90/Grüne), Elke Baum (PDS), Marion Kittelmann (CDU) und Senatorin Ingrid Stahmer. Vorsorglich begrüßen wir an dieser Stelle schon einmal einen Hartmut Holzapfel aus Hessen.

pit

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben). Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 35,–DM (inkl. Versand).

Redaktion:
Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlußredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Rosemarie Mummert, Hiddo Hidden, Ralf Schiweck, Folker Schmidt
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, email: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 6 vom 1.11.98

Satz und Layout:
bleifrei Text + Grafik, Friedelstr. 40, 12047 Berlin, Tel. 61 39 36-14, Fax -18

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per email einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ISSN 0944-3207 09 1999: 23.700

Inhalt

3 ..... **Standpunkt ▪ Personalien**
4 ..... **Kurz und bündig**
5 ..... **Post an die Redaktion**

Titel / Schwerpunkt

6 Pit Rulff / Klaus Will ..... **Wahlen in Berlin**
7 Knut Langenbach ..... **Bildung**
9 Klaus Schroeder ..... **Wider das Diktat des Rotstifts**
10 Ilse Schaad ..... **Zeit für Kinder**
Referat E ..... **Hochschulpolitik in Berlin: Schlechte Bilanz**
11 Peter Sinram ..... **Das sind ja schöne Aussichten**

Arbeitsplatz

18 Gläske/Brinker/Rietmann **Nicht ducken, aufrecht gehen!**
14 Langhoff/Kamp ..... **Betriebsratsarbeit: Neue Strategien**
15 ..... **Tipp für Arbeitslose: Beiträge ohne Leistung**

Bildungspolitik

16 Petra Perten ..... **Mitten im Leben lernen**
18 Manfred Rosenberger ..... **Integration ist nicht teurer als Separation**
20 Klaus Will ..... **Schulen unter die Lupe genommen**
24 Annette Müller ..... **Deutsch als Zweitsprache**

Unterrichtsservice

22 sowieso Pressebüro ..... **Der Fall der Mauer**

Sozialpädagogik

26 Thomas Gill ..... **Abenteuer Begegnung**
27 Weißhoff/Marschner ..... **Quartiersmanagement und Kitas**

GEW BERLIN

28 Udo Jeschal ..... **Herbst LDV**

Service

29 Bärbel Jochum-Mann ..... **Stadtkinder mobil sein lassen**
30 ..... **Theater und Schule, Fortbildung, Materialien**

Red.schluß blz 11/99: 8.10.1999,
Thema: Gewalt;
Red.schluß blz 12/99: 12.11.1999,
Thema: Das Jahrtausend der Frauen;
Nächste Red.sitzungen:
30.9. und 14.10.99, jeweils 18 Uhr in der Ahornstr. 5, Caféteria. Gäste sind erwünscht.

Diesem Heft ist eine Beilage des Möbelhauses Inside beigelegt

Standpunkt

Marschbefehle der Wirtschaft

Knapp ein Jahr nach dem gemeinsamen Aufruf konservativer Lehrerverbände und der bundesweiten Spitzenverbände der Wirtschaft, nutzen die Spitzenorganisationen der Berliner Wirtschaft das mediale Sommerloch, um ihr „Position zur Reform der Berliner Schule“ vorzustellen.

Dreiundzwanzigmal fällt in der gemeinsamen Presseerklärung vom 8. Juli 1999 das Stichwort „Leistung“ oder abgeleitete Wortschöpfungen. Häufig ist von „Standort“, „Konkurrenz“, „Wirtschaft“ und „Betriebe“ die Rede. Begriffe wie „Bildung“ und „Erziehung“ finden keine, „Pädagogik“ nur eine einmalige Erwähnung.

So ist es, wenn die Berliner Wirtschaft über Berliner Schulen nachdenkt: Erst über die Wirtschaft, dann über die Wirtschaft und dann noch ein bisschen über die Schule und die Wirtschaft.

Gleich zu Beginn der Erklärung werden die Absichten formuliert: „Die Aufgabe, Berlin als Standort für Regierung und Wirtschaft attraktiv zu machen, ist aktueller denn je. … Berliner Betriebe brauchen ein günstigeres Umfeld in der Stadt.“ Das Papier verhehlt nicht die politische Interventionsabsicht angesichts aktueller Wahlkämpfe: Der Entwurf eines neuen Berliner Schulgesetzes zeige, „das Berlin hier auf dem richtigen Weg ist. Wir möchten diesen Weg unterstützen und dazu ein paar Wegweiser aufstellen und Marschempfehlungen geben.“

Die wichtigsten „Marschempfehlungen“, die im Duktus von Marschbefehlen daherkommen, sind: Festlegung von Leistungszielen und deren Kontrolle durch permanente Prüfungen und Zeugnisse; größere Eigenständigkeit der Schule, u.a. durch Übertragung der Finanz- und Personalhoheit, Stärkung der Position des Schulleiters und Installation eines „Schulvorstandes“ oder „Schulaufsichtsrates“ mit Entscheidungsbefugnissen; „ideologiefreie Diskussion über die sechsjährige Grundschule – mehr Gymnasien ab der 5. Klasse; Abschaffung des zehnten Pflichtschuljahres für Hauptschüler, die nach der 9. Klasse den Abschluss nicht erreichen oder berufsbezogener gestalten, „um diese Schüler konkurrenzfähiger gegenüber den anderen Bewerbern zu machen“.

Die Richtung ist eindeutig: Gesetzt wird auf fast alle Dogmen von Neoliberalismus, ökonomischer Angebotstheorie, Marktabsolutismus und Konkurrenzverschärfung. Die Wirtschaftsverbände fordern „ideologiefreie Diskussionen“, obwohl sie einen ideologischen Glaubenssatz auf den anderen türmen. Das Vetrauen in „Wettbewerb“, „Konkurrenz“ und sich selbst ist grenzenlos; folglich wird beispielsweise den Berufsbildenden Schulen empfohlen, sich „wirtschaftsnäher“ zu orientieren, so als sei in der betrieblichen Ausbildung alles in Ordnung. Ein Blick in die Berichte der Gewerbeaufsichtsämter würde genügen, um das Ausmaß der Verstöße gegen das Ausbildungsgebot zu erfassen.

Die Vorschläge zur Reform der Berliner Schulen zielen auf die Zementierung der Auslesefunktion und sind fixiert auf die Vermittlung von Fachwissen. Im Zentrum der Argumentation steht dabei ein einseitiger Leistungsbegriff, der sich auf abfragbares Wissen, messbare Größen des (klein)bürgerlichen Bildungsideals, kognitives Wissen und ausschliesslich auf das atomisierte Individuum bezieht.

Will man die Schule nicht den Arbeitgebern überlassen, dann dürfen deren schul- und bildungspolitischen Vorstellungen nicht stillschweigend zur Kenntnis genommen werden. Es lohnt sich, für eine Schule einzutreten, in der alle Kinder und Jugendlichen das lernen, was sie für ihr Leben in einer demokratischen Gesellschaft brauchen: die Fähigkeit und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, fachliches Wissen, Teamfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl.

Burkhard Bundt
IG Metall Berlin

Personalien

Die **Deutsche Schule Lissabon** gibt eine Zeitschrift heraus, die in einer Rubrik namens *„de mesa a mesa“* (von Tisch zu Tisch) heiße Tipps verbreitet: *„Der bacalhao a Vila Velha (ist) eine Offenbarung – oder eher eine Ofenbarung: er kommt mit einer Gemüsemischung, in der Lauch und Zucchini dominieren und in einer feinen Sahnesauce überbacken frisch aus dem Rohr“*, heißt es da in der letzten Ausgabe. Als Autor dieser leckeren Zeilen zeichnet ein gewisser **René Schwerdtfeger** – ehemals Personalrat in Kreuzberg und Organisator der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Seit zwei Jahren mit **Karola Sterf** in Portugal, schreibt er aber nicht nur über gutes Essen und Trinken, sondern ist auch Redaktionsmitglied und verantwortlich für die Gestaltung der Zeitschrift. Übt er bereits, um nach seiner Rückkehr die *blz*-Redaktion zu verstärken? Wir freuen uns schon!

Kaum haben wir ihn im letzten Redaktionsbericht gewürdigt, meldet er uns schon wieder einen Fehler. Unser nimmermüder Kritiker **Ekkehard Skoring** wies uns mit der Anmerkung „Was ist denn das?” auf die „meditarenen Vorspeisen” in der Personalie über **Erdmute Safranski** in der letzten *blz* hin. Im *Tagesspiegel* noch richtig „mediterran” geschrieben, ist daraus bei uns auf wundersame Weise Unsinn geworden.

Kranker Lehrer bleibt straffrei am Kap” betitelte die *Morgenpost* ihren Artikel über den Berufsschullehrer **Rüdiger B**. Der hatte ab Sommer 1998 seine Krankmeldungen per Fax aus Südafrika nach Berlin geschickt, weil er laut ärztlichem Attest nicht reisefähig ist. Der Fernsehsender Sat 1 filmte ihn dann allerdings auf einer Farm nahe Kapstadt, wobei Rüdiger B. laut *Morgenpost* keinen „nichtreisefähigen” Eindruck machte. Inzwischen hat Rüdiger B. von sich aus den Dienst quittiert und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn mit wurde mit Hinweis auf den „unverhältnismäßig großen Aufwand” eingestellt. Bleibt die Frage, woher die *Morgenpost* und der Fernsehsender die detaillierten Personalangaben hatten. Das Landesschulamt hat schon aus weitaus geringeren Anlässen wegen „Verletzung des Dienstgeheimnisses” ermitteln lassen.

Im Rahmen der Kampagne „Mehr grundständige Gymnasien” kämpfte **Regina Mönch** mit ihren tiefschürfenden Artikeln im *Tagesspiegel* an vorderster Front. Ihr Engagement wurde jetzt mit der sicherlich besser dotierten Stelle in der Berlin-Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* („Dahinter steckt ein kluger Kopf”) belohnt. Da freut man sich doch!

Die SPD auf neuem Kurs: Als Aufmacher für ihre Wahlkampfzeitung zur Einschulung verwendete sie ein Foto, dass **Annette Fugmann-Heesing** beim Besuch der privaten International School Berlin zeigt: *„Für mein Kind nur das Beste. Das wünschen sich viele Eltern. Und natürlich muss das auch für die Schule gelten“* lautet der beziehungsreiche Vorspann des Begleitartikels. ■

foto: transit berlin

Platzbesetzung am Ringcenter an der Frankfurter Allee am 7. september für ein familienfreundliches Berlin.

mete-ekşi-preis 1999 ausgeschrieben

Noch bis zum 1. oktober können vorschläge oder bewerbungen für den mit 5.000 mark dotierten Mete-Ekşi-Preis eingereicht werden. Der preis ist zum gedenken an den 1991 bei einer gewaltsamen auseinandersetzung ums leben gekommenen Mete Ekşi gestiftet worden und will projekte und aktivitäten auszeichnen, die sich für das friedliche leben von jugendlichen unterschiedlicher herkunft einsetzen: „Um diesen preis zu erhalten, müssen jugendliche nichts außergewöhnliches leisten. Wir wollen gerade zeigen, dass trotz vieler übergriffe und auch zunehmender gewalttätigkeit sehr viele positive beispiele den alltag bestimmen" betonte Sanem Kleff, vorsitzende des Mete-Ekşi-Fonds. Über die preisvergabe entscheidet ein kuratorium, dem die berliner ausländerbeauftragte Barbara John, der autor Eberhard Seidel und der journalist Halil Can angehören. Die preisverleihung findet am 20. november statt.

50 jahre tarifvertragsgesetz

Der rahmen für das tarifgeschehen in der Bundesrepublik wird seit fünfzig jahren vom tarifvertragsgesetz gesetzt. Dieses jubiläum nimmt die juliausgabe der „wsi-mitteilungen" zum anlass für einen kritischen rückblick auf fünfzig jahre tarifpolitik. Helmut Schauer zeichnet zentrale stationen der bundesdeutschen tarifgeschichte nach, Jürgen Nautz beschreibt den werdegang der gesetzgebung. Abgerundet wird der rückblick durch eine tabellarische aufstellung der arbeitskämpfe und tarifverträge. Eine lohnende lektüre nicht nur für sozialkunde-lehrerinnen.

weniger gedenkstättenfahrten

Während 1997 noch 82 gedenkstätten-fahrten und rund 1100 teilnehmerinnen mit 100 mark zuschuss pro person von der senatsschulverwaltung gefördert wurden, waren es 1998 nur noch 42 fahrten mit rund 1800 teilnehmerinnen, teilte senatorin Ingrid Stahmer auf eine kleine anfrage im abgeordnetenhaus mit. Ursache für die sinkende zahl der fahrten seien fehlende haushaltsmittel gewesen. Für das laufende jahr liegen 83 förderanträge vor. Ob alle anträge bewilligt werden können, sei aber noch nicht absehbar.

staatsprüfung im wandel?

Das wissenschaftliche landesprüfungsamt (WilaPrü) ist zuständig für die prüfungen zum ersten staatsexamen und hatte lange zeit einen, gelinde gesagt, schlechten ruf. Jetzt soll alles anders geworden sein, so das fazit der beiden PrüfungsexpertInnen Reinhard Möhlmann (HU) und Gisela Wilsdorf (FU) in der Berliner Zeitung: Seitdem die politisierung an der universität abgeflaut sei, würden auch die kontrolleure vom prüfungsamt weniger scharf reagieren, außerdem könnten sie wegen der sparmaßnahmen ihre aufgaben nicht mehr so ausgiebig wahrnehmen wie früher: da hatte man in Berlin doppelt bis dreifach so viel personal zur verfügung wie die prüfungsämter anderer bundesländer.

schwierigkeiten bei der einschulung

Nach einem bericht der taz hat der berliner erziehungswissenschaftler Ali Ucar bei einer befragung von zwanzig erzieherinnen kreuzberger vorschulklassen herausgefunden, dass 63 prozent der kinder nicht deutscher herkunftsprache bei der einschulung nach einschätzung der erzieherinnen gar kein oder nur wenig deutsch sprechen konnten.
„Das hauptproblem ist bei uns die sprache, und das nicht nur bei ausländischen kindern." meint auch die weddinger amtsschulärztin Viktoria Braun laut einem bericht der Morgenpost über zunehmende zurückstellungen von der schule. Nur selten würden kinder aus medizinischen gründen zurückgestellt, die ärzte würden bei den schulanwärtern dagegen oft übergewicht und hyperaktivität feststellen. Nach angaben der Morgenpost lag die zahl der rückstellungen im letzten jahr bei 12,1 prozent, in diesem jahr werden es wohl gut zehn prozent ein. 1992 lag die zahl der zurückstellungen noch bei acht prozent.

berliner wirtschaft will neue schule

Die spitzenorganisationen der berliner wirtschaft fordern in einem gemeinsamen positionspapier, dass die schulen die inhalte der schulischen bildung neu festlegen sollen: Schon in der schule sollen die grundlagen für die künftige berufliche praxis einschließlich der existenzgründung gelegt werden. Die einzelschule soll die lehrerinnen selbst einstellen können und diese leistungsgerecht entlohnen. Mehr gymnasien ab der 5 klasse, das zentralabitur sowie eine bedarfsgerechte verkürzung der schulzeit bis zum abitur sind die weiteren forderungen der wirtschaftverbände. In den 5. und 6. klassen soll durch angemessene leistungsdifferenzierung dasselbe niveau erreicht werden wie in den entsprechenden gymnasialklassen. Bei den berufsbildenden schulen soll die kooperation mit der wirtschaft verstärkt werden und die aus-und fortbildung der lehrerinnen wirtschaftsnäher erfolgen, fordern die wirtschaftsverbände.

kinder- und jugendarbeit existenziell bedroht

Die kinder- und jugendarbeit insbesondere der freien träger ist in Berlin stark gefährdet, denn im nächsten jahr soll es 40 millionen mark weniger dafür geben. Die bezirke sollen 29 millionen, das land elf millionen einsparen.
„Kinder- und jugendarbeit steht auf wackligen füßen. der gesetzgeber kommt schon jetzt seiner verpflichtung nicht nach, zehn prozent der bezirklichen mittel hierfür zur verfügung zu stellen. Im berliner durchschnitt sind es lediglich noch 7,6 prozent, die für kinder- und jugendarbeit ausgegeben werden", erklärte Ulrich Thöne, vorsitzender der GEW BERLIN.
Die GEW fordert ein sofortprogramm zur rettung der kinder- und jugendarbeit für das jahr 2000. Statt sparquoten zu erwirtschaften, sollte der senat sich wieder auf die gesetzesgrundlage besinnen: Kinder und jugendliche haben einen gesetzlich verankerten anspruch auf angemessene förderung ihrer persönlichen entwicklung. Die angebote der kinder- und jugendarbeit sind laut kinder- und jugendhilfegesetz pflichtaufgaben, heißt es in der presseerklärung der GEW BERLIN. ■

Betr.: blz 6-7/99
Kita-Reinigung und Schwerpunktthema

Die Artikel sprechen mir aus dem Herzen und ich wünsche mir, dass hier etwas bewegt werden kann. Ich möchte die Entwicklung in meiner Steglitzer Kita schildern.

„Es war einmal…" eine ausgebildete Sporterzieherin, die mit den Kindern zweimal wöchentlich turnte. Seit 1997 fällt der Sport für die Kinder aus. Die Stelle der Köchin wird zum Jahresende ebenfalls eingespart und die Kita mit Essen einer Stadtküche beliefert. Abgesehen davon, dass den Kindern die Mahlzeiten nicht schmecken, sind sie durch das lange Warmhalten kaum vitaminhaltig. Seit 1997 ist die Waschfrau der Kita wegrationalisiert. Einmal pro Woche wird die Wäsche durch eine Fremdfirma gewaschen. Niemand kann sich um stark verschmutzte Wäsche, die täglich gewaschen werden muß, kümmern (Lätzchen, Waschlappen für die Popos der Wickelkinder, nasse Bettwäsche und Matratzen), zumal sogar das Waschpulver eingespart wurde. Kleinere Näharbeiten (abgerissene Anhänger, offene Nähte) führt keiner mehr durch. Es läuft darauf hinaus, dass die Eltern immer mehr Dinge selbst zur Verfügung stellen müssen.

Statt dreien ist nur noch eine Putzfrau im Haus, die zum Jahresende auf die Überhangliste kommt. Die Arbeit wird durch eine Reinigungsfirma erledigt, die ihre Mitarbeiter unter Akkord-Bedingungen arbeiten lässt. Die Erzieher sind mit Fegen, Wischen (bei Erbrechen, Einnässen usw.), Waschen, Abwaschen, Müll herausbringen, Wäsche sortieren und Betten beziehen, Staubwischen etc. beschäftigt. Die Kinder kannten ihre Turnlehrerin, Köchin, Wasch- und Putzfrau und respektierten ihre Arbeit. Nun wird die Kita mehr und mehr von einer familienähnlichen Gemeinschaft zum anonymen, rationalisierten Betrieb umgebaut, wo Achtung und Rücksichtnahme vor Personen und Dingen nicht mehr gefragt sind.

Die Situation ist nicht nur in den Kitas problematisch: Die Grundschule meiner Kinder (600 Kinder) wird von ganzen zwei Putzfrauen gereinigt. Die Gesundheitsämter sollten mal die Hygiene bei Reinigung und Beköstigung kontrollieren – private Beherbergungsbetriebe bekommen schließlich auch Besuch vom Amt!

Ursula Wathling

Betr.:blz 6-7/99
Krieg im Kosovo,
Kommentar von E. Riecke

Als jemand, der kein Mitglied in der GEW ist, aber regelmäßig die Berliner Lehrerzeitung liest, kann man die Serie der Leserbriefe zum Kosovo – Krieg nur erstaunt zur Kenntnis nehmen. Alle Briefschreiber verurteilen, teils rüde, teils untergründig aggressiv den Kommentar von E. Rieke. Wenn man der Redaktion keine einseitige Vorauswahl unterstellt, muss man diese Briefe wohl als repräsentativ für die eingegangenen Zuschriften werten.

Dies wäre für eine Gewerkschaft, die in der Vergangenheit immer den Menschenrechten verpflichtet war, ein deprimierender Befund. Es ist schon bemerkenswert, dass linke Zeitgenossen plötzlich so vehement mit dem Völkerrecht sympathisieren. Wenn ich die Tradition der Linken richtig begriffen habe, war sie primär immer den Menschenrechten als höchstem Gut verpflichtet („Die Internationale erkämpft das Menschenrecht" – nicht das Völkerrecht!). Deshalb die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in aller Welt, deshalb der Schutz von Minderheiten gegen rassistische Unterdrückung.

Man kann gegen Zeitpunkt, Art und Weise der Kriegsführung durch die Nato viel einwenden; meinetwegen auch behaupten, die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung seien noch nicht voll ausgeschöpft gewesen. Der Nato jedoch die humane Intention abzusprechen, wie dies die Briefeschreiber tun, ist abwegig und zynisch. Die Wirklichkeit wird uns noch belehren. Nach dem Ende des Bombardements ist nämlich jetzt die Zeit der Öffnung von Massengräbern angebrochen. Das für viele Linke Verstörende ist vermutlich nur, dass die verhassten Kontrahenten von einst, wie die Nato oder die USA, jetzt auf der richtigen Seite stehen. Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, ob dieser Frontwechsel vielleicht nur daran liegt, dass wir selbst zu lange an geliebten Lebenslügen festgehalten haben.

Die GEW sollte durch eine offene Debatte dem entstandenen Eindruck entgegenwirken, ihre Mitglieder hielten nicht mehr allzu viel vom Schutz von ethnischen Minderheiten vor rassistischer Gewalt und Unterdrückung.

Rainer Werner

Betr.: blz 6-7/9
Die Qualitätskita

Zu Koppolds Kritik an der Formulierung der maximalen Leitungsqualität durch den Kronberger Kreis:

Was ist schädlich daran, einmal zu formulieren, was unter optimaler Leitungsqualität zu denken ist? Die Formulierung dessen, was beste Qualität ist, soll auch eher eine Aufforderung zu folgenden Fragestellungen sein:

Ist das auch aus unserer Sicht beste Qualität oder wie möchten wir sie verstanden wissen? Wie schätzen wir die eigene Praxis ein? Halten wir sie für verbesserungsbedürftig? Mit welchem Ziel?

Was brauchen wir, um zu qualitätsvollerem Arbeiten zu kommen:

Auch der Kronberger Kreis formuliert die Notwendigkeit, die Ebenen von Ausbildung, Fortbildung, Fachaufsicht, Träger etc. mit in den Qualitätsprozess einzubinden.

Die Formulierung der Folgerungen und Forderungen an Gesetzgeber und Träger müssen und können die Leiterinnen dann auch mit Unterstützung von Eltern selbst vornehmen. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Qualität zu abstrakt gesehen und nicht auf die jeweils vorfindbaren Realitäten hin definiert wird.

Ich habe mich abschließend gefragt: Was will uns der Autor eigentlich sagen?

Drei Botschaften bleiben bei mir hängen:

Die Wissenschaft hat keine Ahnung von den schwierigen Bedingungen. Keiner sieht wie schlecht es uns geht (Jammer).

Die Zukunft liegt nicht in unserer (fachlichen), sondern in Gottes (politischer) Hand. Wir können gar nichts machen, weil wir so klein sind. Die anderen sollen für uns machen, aber die machen's falsch (Jammer).

Wir fordern bessere Rahmenbedingungen – die kriegen wir nicht – alles bleibt wie es ist. Verantwortung haben die anderen (Jammer).

Ich kann das Gejammere nicht mehr hören, Herr Koppold. Ich möchte die Kitazukunft mitgestalten: fachlich und politisch. Die Qualitätsdebatte zu führen heißt ja erst mal nichts anderes als weiterhin daran mitzuwirken, dass die Kinder optimal in unseren Einrichtungen versorgt und gefördert und die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe bestmöglich unterstützt werden. Mit welchem wissenschaftlichen oder unwissenschaftlichen Verfahren ist zweitrangig.

Mit dennoch sehr freundlichen Grüßen

Regina Finke
(Kitaberaterin im ev. Kirchenkreisverband Nord-Süd)

LeserInnenbriefe sind keine Artikel und sollten wesentlich kürzer sein. Wir bitten um Verständnis und erinnern daran, daß wir uns insbesondere bei Briefen an die Redaktion Kürzungen generell vorbehalten. -red.

Wahlen in Berlin

Mit dem Titelthema wollen wir einige Punkte aus der Bildungspolitik der letzten Jahre Revue passieren lassen und unsere bildungspolitischen Ziele und Erwartungen formulieren. Die GEW BERLIN steht zwar nicht zur Wahl, aber wir mischen uns ein und messen die Parteien und den künftigen Senat an ihren bildungspolitischen Aussagen und vor allem an ihrer bildungspolitischen Praxis. Das gilt für die Wahlentscheidung selbst, aber erst recht für die Zeit danach.

Taten und Untaten

Bekommen wir wieder einen CDU-Bildungssenator? Wie war das noch mit Jürgen Klemann? In ihrer Bewertung von fünf Jahren CDU-Bildungspolitik schrieb Erdmute Safranski in der blz 10/95: „Er hatte keine bildungspolitische Gesamtkonzeption für das Berliner Schulwesen. Durch seine Kunst der Ämterpatronage sind allerdings im Bereich der inneren Schulangelegenheiten in den letzten vier Jahren (91-95) mehr bildungspolitisch konservative Positionen durchgesetzt worden, als in den acht CDU Jahren unter Hanna-Renate Laurien. Durch zielstrebige und z.T. skrupellose Personalpolitik hat er seine Leitlinie: Parteipolitik ist vor allem Personalpolitik durchgesetzt." Und Ingrid Stahmer? Was mag sie bewogen haben, nach der herben Wahlschlappe ausgerechnet um das komplizierte Schul- und Jugendressort zu kämpfen? Gedankt hat es ihr keiner: Ihre Partei hat sie dann vier Jahre lang stolpern lassen. Nicht zuletzt dadurch, dass man ihr einen Staatssekretär für Schule verweigerte und Tom Stryck so zum Sen(Hampel)Org machte. Dem Klemannschen Erbe war so kaum beizukommen. Große Koalitionen sind nie von Dynamik geprägt. Betrachtet man die dürre Koalitionsvereinbarung von 1995, könnte man von einer 80-prozentigen Erfolgsquote sprechen. Aber es stand ja nicht viel drin. Betrachtet man allerdings die zu lösenden Probleme und offenen Themen, die Stellungnahmen und die Gutachtenschwemme, dann hätte es schon ein bisserl mehr sein können. Wenn sich keine Tauschgeschäfte anbieten, dann bewegt sich eben nichts – und unterm Tisch gibt's was vors

Bildung

Megathema für den Wahlkampf oder Handlungsfeld für praktische Politik?

Schienenbein. Kürzen und sparen, damit wollte die SPD Senatorin Fugmann-Heesing in Berlin ihrer Partei Profil verpassen. Das Haushaltsstrukturgesetz 1996 bestimmte die bildungspolitische Diskussion. Tausende Stellen fielen bis 1999 weg. Die Haushälter machten jetzt die Bildungspolitik und Reformen gab es nur noch „haushaltsneutral". Selbst GEW-Größen wie Dieter Wunder oder Sybille Volkholz lieferten dafür neoliberale Gutachten ab. Autonomie war die Zauberformel, mit der engagierte Kolleginnen und Kollegen Finanzkrise und beruflichen Frust überwinden sollten. Zu Recht wurde mehr Selbständigkeit und Entscheidungsrecht vor Ort, mehr Demokratie und Gestaltungsfreiheit erhofft. Ein neues Schulgesetz hätte der große Wurf werden können. 120 Seiten aus einem Guß legte die Arbeitsgruppe um Tom Stryck vor. Zu viel, wie sich schnell zeigte. Die Legierung stimmte nicht und der Guß zerbröselte. Die heutige Autonomiediskussion wurzelt nicht im Konzept der Demokratisierung, sondern speist sich in dem Trend von Privatisierung und Marktgängigkeit der Bildung. Die Auswüchse dieser Entwicklung sind im anglo-amerikanischen Sprachraum zu begutachten.
Jetzt, fünf Wochen vor der Wahl, wird plötzlich Hartmut Holzapfel, ehemaliger Kultusminister aus Hessen, als Sonderberater für Berliner SPD-Bildungspolitik präsentiert. Und Walter Momper will Bildung zur Chefsache machen. Zweifel sind angebracht, ob dies mehr ist als ein Wahlkampfmanöver. Erst Recht, wenn Walter Momper eine bildungspolitische Veranstaltung mit der Frage verläßt: „Braucht ihr mich hier noch"?

Pit Rulff/Klaus Will

Rettet die FristverträglerInnen

Im Mai 1996 beschloss der Berliner Senat, lediglich 300 Stellen zur Weiterbeschäftigung der Fristverträgler und 100 Stellen für Neueinstellungen zu schaffen. Von den 1.300 mit Zeitverträgen beschäftigten Lehrkräften wären damit 850 draußen gewesen. Nur durch Aktionen der GEW BERLIN und die Solidarität der KollegInnen ist es gelungen, dies zu verhindern. Durch freiwillige Teilzeitarbeit der KollegInnen konnten Stellen für die Weiterbeschäftigung der Fristverträgler geschaffen werden. Eine in der GEW BERLIN keinesfalls unumstrittene Vereinbarung hatte den Weg dafür freigemacht.

Werbung/Putzen/Tugendnoten

Nebenschauplätze sind besonders beliebt als Ablenkung von massiven Problemen. Die Gestattung von Werbung in Schulen, von Sponsoring taugt wenig, um die einschneidenden Sparmaßnahmen zu mildern, und das Putzen ist keine pädagogische Maßnahme sondern eine Notmaßnahme. Gesellschaftspolitisch sind aber beide geeignet, die Schule in eine konservative Richtung zu lenken, dies gilt erst recht für die jetzt (mal wieder) diskutierten Tugendnoten.

Wer in den letzten Monaten Zeitung gelesen hat, müsste vermuten, dass in den Schulen und Bildungseinrichtungen gerade tatsächlich alles umgekrempelt würde, ja eine Revolution stattfände.
Im Bundestagswahlkampf 1998 wurde erstmals wieder gefordert, das deutsche Bildungswesen neu zu gestalten und hier auch mehr Geld zu investieren, um die Probleme der Informationsgesellschaft zu meistern, die notwendige soziale Flexibilität zu produzieren und insbesondere um als „High-Tech-Land" global wettbewerbsfähig zu bleiben.
Die hessische CDU behauptete gar, sie hätte den Wahlkampf mit dem Versprechen gewonnen, den Unterrichtsausfall zu beseitigen.

Und in Berlin?

- Die SPD-Schulsenatorin stellt Ende 1998 einen Entwurf zum Schulgesetz vor. Dieser wird eifrig diskutiert – die mehrfach versprochene zweite Fassung steht aus.
- Die SPD beschließt stattdessen im Juni 1999 ein Eckpunktepapier auf der Grundlage der Vorarbeit ihres bildungspolitischen Sprechers. Auch dieses Papier findet breiten Raum in der Presse.
- Im August – Endphase des Wahlkampfs – veröffentlicht die SPD-Frak - tion das Arbeitsergebnis der von ihr eingesetzten Bildungskommission unter Leitung des ehemaligen sächsischen Staatssekretärs Nowak und der Mitarbeit des Stahmer-Referenten Tom Stryck.
- Die CDU fordert mehr Vielfalt für die Neuberliner aus Bonn – sprich mehr 5. Klassen an Gymnasien.

„Bildung" ist also auch in Berlin ein wichtiges Thema – im Wahlkampf. Allerdings ist es nicht einfach – häufig nicht möglich – die Diskussion der Parteien auf eine bildungspolitische Linie zu bringen. So fordert das Eckpunktepapier der SPD z.B. die Überprüfung der Gesamtschulen ohne Oberstufe und mehr verbundene Haupt- und Realschulen. Die SPD-Kommission dagegen lehnt gerade letzteres ab.

Die CDU fordert noch viel mehr grundständige Gymnasialzüge, die SPD verteidigt die 6-klassige Grundschule, fordert aber dafür leistungsdifferenzierte Niveaukurse in Klasse 5 und 6. *Fortsetzung nächste Seite*

Einstellungskorridor

Die GEW BERLIN hat manchmal die Schulsenatorin zu ihrem Glück zwingen müssen. Die Durchsetzung eines Einstellungskorridors, die Rettung der Fristverträgler, die erzwungene Einstellung von Lehramtsanwärtern haben die Berliner Schulen vor Schlimmerem bewahrt. Stolz verkündete Ingrid Stahmer zum Schuljahr 1999/00, dass kaum Unterricht ausfallen würde. Was zwar nicht ganz stimmt: Aber wie sähe es ohne die von der GEW BERLIN erkämpften Einstellungen aus?

Foto: Michael Seifert

Einstellung von LehramtsanwärterInnen

Das Haushaltsstrukturgesetz 1996 sah vor, die Ausbildungskapazität der Seminare von 2.180 auf 1.560 Plätze zu reduzieren und nur noch einen Einstellungstermin anzubieten. Auf Initiative und mit Unterstützung der GEW BERLIN klagten die dadurch abgewiesenen BewerberInnen und mussten schließlich doch eingestellt werden.

Weitgehend einig sind sich CDU, SPD und GRÜNE auf der ganz allgemeinen Ebene, dass mehr Qualitätssicherung betrieben werden müsste. Vorsichtshalber wird nicht weiter diskutiert, was „Qualität" ist. Dementsprechend fordern viele ein paar Prüfungen mehr, z.B. am Ende der Grundschule (SPD-Kommission) und am Ende von Klasse 10 (SPD, CDU, Stahmer-Gesetzentwurf). Ob und inwieweit die Testerei und Prüferei nur als Informationsinstrument oder auch als Auslesesieb dienen soll, darüber geht die Diskussion wieder auseinander. Hier könnte man noch viele Diskussionspunkte aufzählen.

Sechsjährige Grundschule

Am deutlichsten machte sich in der Auseinandersetzung um die sechsjährige Grundschule bemerkbar, dass weder Ingrid Stahmer noch ihre Partei ein klares bildungspolitisches Konzept haben. Die Forderung nach mehr grundständigen Gymnasien und/oder mehr Express-Abitur-Klassen ließen Ingrid Stahmer und die SPD als schwankende Gestalten erscheinen. Dies zeigt sich auch in den positiven Ansätzen der Stahmerschen Bildungspolitik, z.B. beim Reformprogramm „Grundschule 2000", bei der immerhin geförderten Integration auch in der Sekundarstufe, bei WUV und anderen auf den Weg gebrachten Programmen: überall fehlt die Energie und die Klarheit, die notwendig ist, um eine Reform erfolgreich durchführen zu können.

Schließlich wird ja viel diskutiert – besonders im Wahlkampf! Wie sollen wir uns aber dazu verhalten?

Auch wenn wir wissen, dass Wahlversprechen nicht einklagbar sind, werden wir doch die Parteien zu präzisen Aussagen zwingen, die wir ihnen auch in ein oder zwei Jahren noch vorhalten. Dabei gilt für uns:

- Veränderungen im Bildungswesen dürfen kein Vorwand für Mittelkürzung sein.
- Wenn Reformen zusätzliche Kapazitäten (z.B. mehr Lehrkräfte) erfordern, so müssen sie zusätzlich und nicht durch Ausbeutung der Beschäftigten finanziert werden.
- Natürlich ist es Aufgabe des Bildungswesens, junge Menschen auf die Gesellschaft vorzubereiten. Dazu gehören aber gerade in einer demokratischen pluralistisch-multikulturellen Gesellschaft mehr als nur die Verwendbarkeit im Wirtschaftsprozess, dazu gehört z.B., dass man im Bildungprozess Menschen mit anderen Lebensauffassungen, Kulturen, Religionen kennen, akzeptieren und achten lernt, lernt, die eigenen Interessen und die der eigenen Gruppe in Gesellschaft und Politik einzubringen. Kurz bevor diese blz erscheint, hat die GEW BERLIN die Politiker aller Parteien zu bildungs-politischen Brennpunkten befragt. Wir werden nach der Wahl insbesondere den Vertretern der Regierungskoalition auf den Zahn fühlen, sie beim Wort nehmen und unseren Beitrag leisten zu einer Bildungspolitik im oben formulierten Sinne und wie wir sie auch in den letzten Jahren ein Stück weit durchgesetzt haben (z.B. Fortführung der Integration in der Sek I, Schulversuch jahrgangsübergreifende Lerngruppen).

Knut Langenbach

Ein neues Kita-Gesetz

Ende 1995 beschloss das Abgeordnetenhaus das Kita-Gesetz. Damit kam Berlin als letztes Bundesland der Verpflichtung aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz nach, ein Ausführungsgesetz für Kindertagesstätten zu erlassen. Die erhoffte Festschreibung von Personalbemessung und Gruppengröße fand sich darin allerdings nicht. Die Regelung der Personalbemessung und der Gruppengröße per Rechtsverordnung lässt so der zuständigen Senatsverwaltung die Möglichkeit, diese jederzeit revidieren zu können. Und die „Grundsätze der Personalbemessung" gaben einen Schlüssel vor, der unter dem schon erreichten Niveau lag. Herbe Kritik von allen Seiten für das eigentlich erwünschte Kita-Gesetz.

Wider das Diktat des Rotstifts

Lebenswelten und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche in Berlin entwickeln und absichern

Die GEW hat klare Vorstellungen über die Inhalte der zu erarbeitenden Koalitionsvereinbarung für den Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit. Diese Inhalte werden im folgenden Artikel angerissen – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Der GEW ist natürlich bewusst, dass die Umsetzung von Verbesserungen im Kinder- und Jugendhilfebereich Geld kostet. Die GEW erwartet aber von den Parteien, die die neue Landesregierung stellen, dass sie sich nicht dem Diktat der Streichungen unterwerfen, sondern die nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) festgelegten Leistungen endlich als Pflichtleistungen begreifen und finanzieren.

Was erwartet die GEW?

Das KJHG muss eingehalten werden! Die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit muss sichergestellt werden.

Foto: Mathias Thurm/transit

Den Bezirken wie auch der Hauptverwaltung fehlen durch ständige Streichungen in den letzten Jahren die Gelder, um die Kinder- und Jugendprojekte, die besonders in 'belasteten' Regionen „Kinder von der Strasse holen" können, ausreichend zu finanzieren. Das nahezu vollständige Wegbrechen dieser Projekte droht.

Die Elternbeiträge in den Kitas müssen mindestens gesenkt werden! Wenn eine gleichberechtigte frühkindliche Bildung und Erziehung in Einrichtungen für alle Kinder erreicht werden soll, ist es nicht einsehbar, dass für Kinder in Kitas Geld verlangt wird, während der Schulbesuch (nahezu) kostenfrei ist.

Eine weitere Grundvoraussetzung für die hochwertige Erziehung und Bildung in den Kitas ist das Vorhandensein von qualifiziertem Personal. Auch das KJHG verlangt dies. Um eine höchstmögliche Qualität der Arbeit aber zu erreichen, ist ausreichend Personal, das dann auch Zeit zur Weiterqualifikation haben muss, unverzichtbar. Von daher besteht die GEW auf einer Fortentwicklung der mit der Senatsverwaltung für Jugend geschlossenen Vereinbarung zu Personalbemessung und des Tarifvertrages Vor- und Nachbereitung.

Schule und Jugendhilfe müssen sich durch verstärkte Zusammenarbeit gegenseitig unterstützen.

Die bestehenden Ganztagsgrundschulen und die Offenen Ganztagsbereiche (Schulhorte) müssen in ihrer Existenz gesichert und ausgebaut werden. Der Personalschlüssel muss verbessert werden und die Erzieherinnen, die es wünschen, müssen die Möglichkeit erhalten, an die Vollzeitbeschäftigung herangeführt zu werden.

Es gibt mit den Schulstationen und den Schülerclubs erprobte und ausbaufähige Beispiele einer sich befruchtenden Zusammenarbeit, die beiden „Bereichen" dient. Diese Beispiele der Kooperation von Schule und Jugendhilfe sind aufgrund der unsicheren Finanzierungen durch Arbeitsamtsmittel ständig von der Schließung bedroht. Eine Regelfinanzierung ist hier bitter nötig. Gleichermaßen notwendig ist allerdings auch eine Koordination der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe mit dem Ziel der Absicherung und Ausweitung. Hier sollte eine Kooperationsstelle bei der Senatsverwaltung eingerichtet werden (ähnlich der in Brandenburg). Die Kooperation muss verpflichtend im zu ändernden Schulgesetz festgeschrieben werden.

Die Ausbildung von ErzieherInnen entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an die immer schwieriger gewordenen Tätigkeiten. Die GEW erwartet hier Offenheit und Umsetzungsbereitschaft bei der neuen Landesregierung.

Egal wer die neue Regierung stellen wird, die GEW wird sich mit den beschriebenen Forderungen in die Ausarbeitung der Koalitionsvereinbarung einmischen und Vorwahlkampfäußerungen von Politikern sehr genau daran messen.

Klaus Schroeder
Leiter Referat F

Zeit für Kinder

Neue Arbeitszeitmodelle in der Diskussion

Sparen im Bildungsbereich steht seit Anfang der 90er Jahre auf der Tagesordnung aller Parteien. Mit der Wende wurde die Parole ausgegeben, dass – die Gunst der Stunde nutzend – die Standards in der Schule auf das Niveau des Jahres 1980 zurückgefahren werden. Fortan überboten sich die Bundesländer mit Maßnahmen zur Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen. Berlin allerdings übernahm von Anfang an die Leitfunktion.

Als erstes Bundesland verlängerte es die Arbeitszeit der Lehrkräfte durch Erhöhung der Pflichtstundenzahlen 1992, die anderen Bundesländer folgten. Die Stundentafel wurde drastisch gekürzt, die Frequenzen erhöht. Insgesamt wurde in diesem Zeitraum das Unterrichtsangebot für die Schülerinnen und Schüler um ein Schuljahr verkürzt. Heute schlagen sich die politisch Verantwortlichen alle vor die Stirn und bejammern das Ergebnis ihrer Politik und fordern Priorität für Bildung.

In Nordrhein-Westfalen wurde mit einer millionenteuren Arbeitszeituntersuchung erneut festgestellt, dass Lehrkräfte durchschnittlich und dauerhaft länger arbeiten als andere Arbeitnehmer. Auch Hamburg leistete sich eine Untersuchung mit dem gleichen Ergebnis. Diese Ergebnisse sind nicht weiter erstaunlich. Erstaunlich aber ist, welche Konsequenzen man daraus zieht: In Hamburg wird der Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit nach Fächern zu differenzieren. In NRW wird vorgeschlagen, die Arbeit zu effektivieren, Hessen und Bremen setzen auf Präsenzzeitenmodelle. Aber alle Modelle haben etwas gemeinsam: sie erhöhen erneut die Arbeitszeit der Lehrkräfte und verringern die Zeit, die Lehrkräfte für ihre Schüler haben. Wer glaubt, dass bei der Fächerfaktorisierung eine Absenkung für die korrekturaufwendigeren Fächer herauskommt, irrt. Die anderen sollen nur mehr arbeiten. Die vorliegenden Modelle faktorisieren auch "nur" die reine Arbeitszeit und vernachlässigen die Arbeitsbelastung.

Wer dagegen ernsthaft eine Verbesserung der Schulsituation will, muss aufhören, an der Arbeitszeitschraube zu drehen. Denn gute Eltern wissen: Gute Lern- und Ausbildungsbedingungen ihrer Kinder existieren nur mit guten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Das muss auch den Berliner Bildungspolitikern klar werden – noch vor der Wahl.

Ilse Schaad

Die GEW BERLIN mischt sich deshalb mit ihrer Veranstaltungen in den Wahlkampf ein:

Zeit für Kinder
6. Oktober um 19 Uhr
Jugendzentrum „Weiße Rose" Martin-Luther-Str. 77.

Referenten aus NRW, aus Bremen und Hamburg werden über die dortigen Diskussionen berichten. Die Bildungsdezernenten aus Steglitz und Zehlendorf, die Herren Härtel (SPD) und Schlede (CDU) werden ihre Ziele und Vorstellungen erläutern und sich den Fragen der GEW BERLIN stellen. Das kann spannend werden: immerhin werden beide – je nach Wahlausgang – hoch für die Position des Schulsenators gehandelt.

Hochschulpolitik in Berlin: Schlechte Bilanz

Bildungspolitik muss angesichts der steigenden Bildungsnachfrage, des Strukturwandels und des damit verbundenen Erfordernisses nach höherwertiger Bildung wieder Priorität bekommen. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss öffentlich finanziert werden. Beim Zugang muss endlich Chancengleichheit hergestellt werden.

Die Bilanz der Grossen Koalition im Hochschulbereich ist aus der Sicht der GEW BERLIN ernüchternd: Bereits wenige Monate nach den Wahlen wurde der in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Erhalt von 100 000 Studienplätze in Berlin gekippt. Den Hochschulen wurden Kürzungssummen auferlegt, die in der Größenordnung den Etat einer großen Universität ausmachen. In der Folge sind und werden massiv Stellen und damit Arbeitsplätze in den Hochschulen gestrichen, vor allem im wissenschaftlichen und künstlerischen Mittelbau.

Gleichzeitig haben sich die Studienbedingungen weiter verschlechtert, wurden die Studierenden mit zusätzlichen finanziellen Belastungen in Form der sogenannten Immatrikulations- und Rückmeldegebühr konfrontiert. Die studentischen Streiks im Wintersemester 1997/98 waren ein deutliches Signal an die Politik, der Bildung wieder Priorität einzuräumen. Es wurde weitgehend überhört.

In Vorbereitung der Abgeordnetenhaus-Wahlen hat das Referat Hochschule und Forschung der GEW BERLIN alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien nach deren hochschulpolitischen Positionen befragt. Die umfangreichen Antworten der Parteien können auf den Internetseiten der GEW BERLIN in einer gekürzten Fassung nachgelesen werden. Auf Wunsch wird die ausführliche Fassung zugeschickt. (Matthias Jähne, Tel. 21 99 93 59, e-mail: *wissenschaft@gew-berlin. de*)

-wl

Wie geht es weiter bis zur Wahl?

Das sind ja schöne Aussichten!

1. September
Die SPD liegt nach den Umfragen bei 23%. Walter Momper: „Das ist eine gute Ausgangsbasis. Ab jetzt wird das sozialdemokratische Profil geschärft."

3. September
Die CDU legt einen neuen Schulgesetz-Entwurf vor. Sie fordert die Abschaffung der sechsjährigen Grundschule und die flächendeckende Einführung des Express-Abiturs. Klaus Böger will den Koalitions-Ausschuss einberufen, da dieser Vorstoß mit der SPD nicht abgesprochen war. Landowsky dazu: „Kann er gerne machen, wir gehen aber nicht hin." Ingrid Stahmer präzisiert ihre Zukunftspläne. „Mein Institut für Führungskräfte wird ein Renner. Die halbe SPD-Fraktion hat sich schon angemeldet!"

6. September
Die SPD liegt in den Umfragen bei 19%. Momper kündigt die Vorlage eines neuen Schulprogramms an mit dem Titel: „Zukunft ist Bildung für Innovation unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Mitte." Sein Wahlkampfteam dazu: „Eigentlich sollte es ‚Innovation ist Bildung für Zukunft' heißen, aber ist ja eigentlich egal." Böger ist empört und will den Koalitions-Ausschuss einberufen. Landowsky ist verwirrt: „Weiß Böger eigentlich, für wen Momper Wahlkampf macht?"

9. September
Klemann legt eine neue Verkehrsplanung vor. Jedes Gymnasium mit Express-Abitur soll eine Anbindung an das innerstädtische Schnellstraßennetz bekommen. Klemann dazu: „Wer schneller an der Schule ist, ist auch schneller fertig." Böger will irgendeinen Ausschuss anrufen, aber keiner hört so richtig hin.

12. September
Die SPD liegt in den Umfragen bei 14%. Das SPD-Schulprogramm wird veröffentlicht. Es fordert u.a. den „Ausbau des dreigliedrigen Schulwesens bei prinzipieller Stärkung der Gesamtschule" und den „Kauf von Schulbüchern durch die Eltern bei prinzipiellem Festhalten an der Lernmittelfreiheit". Momper: „Die bewährten sozialdemokratischen Eckpunkte sind erhalten geblieben. Den Rest regelt Tony Blair." Tony Blair ist verwirrt.

15. September
Auf der GEW-Veranstaltung „Demokratische Schule – eine Schule für alle Kinder" bricht Stahmer in Tränen aus: „Dass es im Berliner Schulwesen so schlimm aussieht, habe ich nicht gewusst!" Sie übernimmt die politische Verantwortung und erklärt ihren sofortigen Rücktritt, nimmt den aber wieder zurück, als ihr erklärt wird, dass sie nach der Wahl sowieso nicht mehr weitermachen wollte.

18. September
Die CDU wird nervös: Nach den neuesten Umfragen könnte sie die absolute Mehrheit erreichen. Landowsky: „Dann sind wir ja für jeden Mist alleine verantwortlich; dafür brauchen wir aber die SPD."

21. September
Auf der GEW-Veranstaltung zur Zukunft der berufsbildenden Schulen glänzen die Vertreter von SPD und CDU durch Abwesenheit. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Worüber sollen wir eigentlich reden? In drei Jahren wird die Unterdeckung ohnehin auf 30% gestiegen sein. Da gehen wir lieber gleich ins Kino!"

24. September
Bündnis 90/Die Grünen erneuern ihre Bereitschaft, mit der SPD eine Koalition zu bilden. Die PDS erklärt, eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerieren zu wollen. Die SPD lehnt den Vorschlag der PDS kategorisch ab und ändert radikal ihre Wahlkampfstrategie; sie plakatiert jetzt überall den Slogan: „Was gut ist, setzt sich durch." Die Puhdys sind verwirrt.

27. September
Landowsky gibt die Gründung einer Initiative „Christdemokraten für Momper" bekannt. Harald Juhnke tritt spontan bei; ebenso die gesamte Berliner FDP, um überhaupt mal wieder eine Schlagzeile zu bekommen. Die FDP-Wähler sind nicht verwirrt. Momper erklärt: „Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass unsere Wahlkampfstrategie aufgeht." Er kündigt weitere Vorschläge zur Umgestaltung des Schulwesens an, die ihm aber heimlich von entnervten SPD-Abgeordneten vom Schreibtisch geklaut werden. Niemandem fällt etwas auf.

30. September
Die CDU stellt ihren Wahlkampf ein. Volker Liepelt: „Das Geld können wir auch sparen." Momper äußert sich weiterhin optimistisch: „Was Rudolf Scharping mit seiner Popularitätskurve geschafft hat, kriege ich auch noch hin. Notfalls erklären wir den PDS-dominierten Stadtbezirken den Krieg."

3. Oktober
Die CDU legte neue „Eckpunkte für eine moderne Schulpolitik" vor: Ausbau der Gesamtschule, Abschaffung der grundständigen Gymnasien, Frequenzsenkungen, Abschaffung der ineffektiven Mammutbehörde LSA. Landowsky dazu: „Wir haben mal in alten Stellungnahmen und Programmen der SPD gestöbert. Ganz schön interessant, was da alles so drin steht." Die Wähler sind vorübergehend verwirrt; die Zustimmung zur CDU sinkt unter die 50 Prozent-Marke.

6. Oktober
Die SPD beendet ihren Wahlkampf mit einer großen Abschlusskundgebung mit Schröder, Blair, Scharping und dem Team Telekom. Trotz des musikalischen Rahmenprogramms mit Harald Juhnke und den Puhdys bleibt der Breitscheidplatz halb leer. Momper kann wegen eines dringenden geschäftlichen Termins an der Kundgebung leider nicht teilnehmen.

9. Oktober
Eberhard Diepgen ruft am Abend vor der Wahl alle Berlinerinnen und Berliner zur Stimmabgabe auf. Er warnt vor der absoluten Mehrheit einer Partei: „Eine Demokratie braucht Koalitionen." Die Fernsehübertragung muss, da Diepgen einen Lachanfall erleidet, vorübergehend unterbrochen werden.

10. Oktober
Bei einer Wahlbeteiligung von 37% kommt es zu folgenden Ergebnissen: CDU 47%, SPD 9%, Bündnis 90/Grüne 19%, PDS 20%, FDP 1%, Sonstige 4%. Momper erklärt noch am Wahlabend seinen Rückzug aus der Politik. Dazu ein SPD-Insider: „Welche Politik?"

Peter Sinram

Arbeitslosenseminar

Nicht ducken, aufrecht gehen!

Das Angebot klang gut. Drei Tage Bildungsseminar inklusive kostenloser Unterkunft im Einzelzimmer und Vollverpflegung in einem Hotel am Zechliner See! Als diese Einladung der GEW ins Haus flatterte, war so manch Erwerbsloser angesichts des attraktiven Angebots sicherlich im Zweifel, ob man überhaupt eine Chance bei der Verteilung der 20 Seminarplätze haben würde. Umso größer war die Freude, als nach der Anmeldung das Okay des GEW eintraf. Ein kleiner „Urlaub“ also vom 8. bis 10. Juli – wunderbar!

Foto: Privat

Bei schönem Wetter fand das Arbeitslosenseminar statt

Das Thema

Seit 1993 findet alljährlich das Arbeitslosenseminar für erwerbslose Mitglieder der GEW Berlin in der ländlichen Umgebung des Berliner Umlandes statt. Die Veranstaltung beschäftigt sich in erster Linie mit den wichtigsten rechtlichen Regelungen für Arbeitslose nach dem SGB III (3. Sozialgesetzbuch): Berechnung von Arbeitslosengeld, Wiederbewilligung von Restansprüchen, Berücksichtigung von Vermögen bei der Arbeitslosenhilfe sowie Fragen zur Krankenversicherung, zur Sperrzeit, zum Nebeneinkommen und zur Ortsabwesenheit. Desweiteren gab es einen Überblick über die Fördermaßnahmen ABM und SAM.

Die Personen

Die Seminargruppe war bunt gemischt: Da saß die junge, nach dem Referendariat arbeitslose Lehrerin neben dem SAM-beschäftigten Wissenschaftler in den Fünfzigern und die sich weiterbildende Erzieherin mittleren Alters neben der erwerbslosen Sozialpädagogin. Trotz dieser bunten Zusammensetzung der Seminargruppe war wohl für jeden etwas Informatives dabei. Unseren Referenten Thomas Rosumek-Mathes vom Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) und Matthias Jähne von der GEW BERLIN gelang es gut, Licht in den Dschungel des Arbeitsförderungsrechts zu bringen und uns die umfangreichen rechtlichen Sachverhalte verständlich und anschaulich zu vermitteln. Selbstverständlich gab es für unsere zahlreichen, individuellen Fragen immer eine kompetente und zufriedenstellende Antwort.

Die Freizeit

Um den mit Informationen angefüllten Geist für den nächsten Tag wieder aufnahmebereit zu machen und dem Körper nach dem langen Sitzen etwas Bewegung zu verschaffen, nutzten einige Seminarteilnehmer bei herrlichem Wetter die schöne Umgebung für einen Spaziergang im Wald oder ein erholsames Bad im See. Andere suchten Abwechslung in gemeinsamen Gesprächen bei einem Glas Bier auf der Terrasse. Wünschenswert wäre das Angebot einer gemeinsamen Aktivität mit der gesamten Gruppe gewesen, um sich gegenseitig besser kennenzulernen und bei Spiel und Spaß einen Ausgleich zu der geistigen Anstrengung zu haben.

Die Zufriedenheit

Insgesamt gesehen haben fast alle Seminarteilnehmer eine positive Bilanz aus diesem Seminar gezogen und hoffen, beim nächsten Gang zum Arbeitsamt mit dem neu erlangten Wissen um die eigenen Rechte auch als Arbeitsloser „aufrechter gehen“ zu können.

Die Enttäuschung

Angesichts der schönen Nebeneffekte dieses Seminars (nette Leute kennenlernen, kostenloser „Kurzurlaub“ in schöner Umgebung) ist es umso erstaunlicher, dass sich von den 1.300 schriftlich eingeladenen erwerbslosen oder ABM/SAM-beschäftigten GEW-Mitgliedern lediglich 26(!) für dieses Seminar angemeldet haben – das sind gerade mal 2% der angeschriebenen Mitglieder. Diese überraschend magere Resonanz fällt negativ ins Auge. Versinken die Arbeitslosen selbstmitleidig im Alltagstrott? Ohne Engagement findet sich nur schwer ein Weg aus der Arbeitslosigkeit heraus!

Die Mitwirkung

Antonia Brinker, Vorsitzende des Arbeitslosenausschusses der GEW BERLIN, stellte am Beginn des Seminars die Arbeitslosenarbeit in der GEW vor und berichtete über die Vortragsreihe, zu der regelmäßig verschiedene Referenten eingeladen werden. Der Arbeitslosenausschuss bedauert es sehr, dass nur wenige Erwerbslose zu diesen interessanten Vorträgen in das GEW-Haus kommen. Um neue Perspektiven für die eigene Erwerbslosigkeit entwickeln zu können, ist es notwendig, im gedanklichen Austausch mit anderen zu stehen, frei nach dem Motto: „Nicht ducken, sondern aufrecht gehen, um auch den Horizont zu sehen!“

Unser Wunsch

Hoffentlich hat unser Bericht viele Erwerbslose motiviert, aktiver zu werden und mehr Initiative zu zeigen, denn auch im nächsten Jahr findet aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ein Arbeitslosenseminar statt! Der Arbeitslosenausschuss der GEW BERLIN trifft sich jeden 1. Donnerstag um 17.00 Uhr im GEW-Haus in der Ahornstr. 5. Wir sehen uns! Tschüss!

Daniela Gläske,
Antonia Brinker und
Christel Rietmann-Noliaye

Anzeige BZgA
Film geliefert

Betriebsratsarbeit

Neue Strategien

Beim Co-Management ist die Unternehmensentwicklung nicht nur Sache der Unternehmensführung, sondern auch der Arbeitnehmerseite.

Anfang 1994 nahmen wir teil an einer Fachtagung der FU-DGB-Kooperationstelle zum Thema „Konfrontation, Kooperation – Innovation". In Betrieben und Gewerkschaften wurde damals unter dem Schlagwort Co-Management heftig diskutiert, wie Betriebsräte mit den Anforderungen neuer Technologien und Managementtechniken umgehen sollen. Starker Wettbewerb, immer kürzere Produktzyklen und neue Produktionstechniken zwangen die Unternehmen ihren bisherigen Organisations- und Führungsstil in Frage zu stellen. Ergebnis war eine stärkere direkte Beteiligung der Mitarbeiter an Entscheidungen und der radikale Abbau von Leitungs- und Hierarchiestufen (Lean-Management, Gruppenarbeit) in den Betrieben. Die Frage, wie sich Betriebsräte in dieser neuen Situation verhalten sollten, wurde sehr kontrovers diskutiert.

Gegenmacht contra Co-Management

Zwei gegensätzliche Positionen standen sich gegenüber:

1. Betriebsräte müssen den Wandel der Unternehmen mit betreiben, selbst Vorschläge und Alternativen ausarbeiten, und die neuen Gestaltungsmöglichkeiten offensiv nutzen um Arbeitsplätze, Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter erhalten zu können

2. Betriebsräte müssen eine Gegenmacht zum Arbeitgeber bzw. Management darstellen und sollten sich darauf beschränken alle rechtlichen und tarifvertraglichen Besitzstände der Arbeitnehmer zu verteidigen. Unternehmensentwicklung und -politik ist Sache des Arbeitgebers.

Im September 1998, vier Jahre später, informierten wir uns auf einer Fachtagung von Betriebsräten und Gewerkschaften zum Thema „Betriebliche Interessenvertretung im Co-Management – Chancen und Risiken" über den aktuellen Stand der Diskussion. Die neue Strategie hatte sich inzwischen weitgehend durchgesetzt: diskutiert wurde vor allem, wie Co-Management in der alltäglichen Betriebsratsarbeit umgesetzt werden kann. Wir haben die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte zu Umsetzung von Co-Management zusammengefasst.

Wie sieht das Co-Management aus?

- Eine systematische, qualifizierte Unternehmensführung räumt nicht nur Mitbestimmung ein, sondern fordert und erwartet von den KollegInnen Beteiligung an der Gestaltung des Unternehmens. Die KollegInnen werden in so geführten Unternehmen als „Kapital", gesehen, das optimal gefördert und entwickelt werden muß, um im Wettbewerb bestehen zu können.

- Co-Management ist eine Betriebsratsstrategie zur zeitgemäßen Interessenvertretung unter diesen veränderten Rahmenbedingungen.

- Voraussetzung ist die Abstimmung mit der Belegschaft, welche Ziele und Interessen der Betriebsrat mit dem Einsatz von Co-Management verfolgt.

- Das Menschenbild wird zur Grundsatzfrage der Unternehmenskultur, wenn Co-Management möglich sein soll: Werden die Arbeitnehmer aus der Perspektive der Arbeitgeber als unmündige, arbeitsscheue Gehaltsempfänger gesehen, die ständig kontrolliert und angeleitet werden müssen, ist kein Co-Management möglich. Erst wenn ein Arbeitgeber akzeptiert, dass die KollegInnen ein eigenständiges Interesse an sinnvoller Arbeit und qualitativ guten Arbeitsergebnissen haben, kann Co-Management zur Grundlage der Arbeit werden.

- Co-Management setzt neben vorgenanntem Menschenbild qualifiziertes Management voraus: Pflegt der Arbeitgeber eine „Herr-im-Hause-Haltung" oder ist das Management in erster Linie damit beschäftigt, seine Position zu erhalten ohne diese durch Leistung und/ oder Qualifikation legitimieren zu können, hat Co-Management keinen Erfolg.

- Konfliktfähigkeit des Betriebsrates ist Voraussetzung für Co-Management: Ein schwa-

cher Betriebsrat ist kein ernst zu nehmender Verhandlungspartner für den Arbeitgeber.

• Ohne Qualifikation des Betriebsrates in Methoden des Managements (Betriebswirtschaftslehre, Recht, Kommunikation, EDV) ist kein Co-Management möglich.

• Co-Management läßt sich nicht erzwingen: es gibt Arbeitgeber die mit ihrem Betrieb lieber untergehen als sich zu verändern.

Interessant ist, dass in erster Linie erfolgreiche Unternehmen eine Demokratisierung der Arbeitswelt und Co-Management vorantreiben. Wir werden weiter verfolgen, was sich in Betrieben der freien Wohlfahrtspflege davon wiederfinden läßt.

Rolf Langhoff, Karl Kamp
Betriebsrat Lebenshilfe Berlin

Auf aktuellem Stand

„Leitfaden für Arbeitslose“

Wer hoffte, mit der Überführung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) in das Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) kehre endlich Ruhe im Arbeitslosenrecht ein, hat sich getäuscht. Allein im letzten halben Jahr wurde das Arbeitslosenrecht dreimal entscheidend geändert: durch das Entlassungs-Entschädigungs-Änderungsgesetz (vom 24.3.1999), durch die 6. Verordnung zur Änderung der Arbeitslosenhilfe-Verordnung (vom 18. Juni 1999) und zuletzt durch das 2. SGB III-Änderungsgesetz (vom 21. Juli 1999). Alle diese Änderungen berücksichtigt bereits die am 1. August 1999 erschienene 16. Auflage des „Leitfadens für Arbeitslose“.
Der Leitfaden informiert auf über 500 Seiten detailliert u.a. über die Voraussetzungen und die Berechnung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, über die Anrechnung von Nebeneinkommen und Abfindungen auf das Arbeitslosengeld und über die Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen bei der Arbeitslosenhilfe. Der Leitfaden gibt auch für Nichtjuristen verständliche Antworten auf die Frage, welche Arbeiten Arbeitslosen zugemutet werden können, wann eine Sperrzeit droht und wie Arbeitslose sich gegen ungerechtfertigte Sperrzeiten mit Widerspruch und Klage wehren können; hierbei hilft ein ABC der wichtigsten Gründe, die eine Sperrzeit unzulässig machen.
Umfangreich werden die Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und für Betriebe, die Arbeitslose einstellen, beschrieben; eine erstmals zusammengestellte Ideenbörse weist neue Wege zur „Freien Förderung“ von Arbeitslosen und Projekten. Ein abschließendes Kapitel „Sozialhilfe für Arbeitslose“ unterrichtet über zusätzliche Hilfen für Arbeitslose mit niedriger Arbeitsamtsleistung.

Leitfaden für Arbeitslose, 16. Aufl., 508 Seiten, 20,- DM (inkl. Versandkosten). Bestellung (mit Postkarte oder Fax) gegen Rechnung beim Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt am Main, Tel. (069) 1533-2820, Fax (069) 1533-2840, e-mail fhverlag@verlag.fh-frankfurt.de

Ein Tipp für Arbeitslose

Beiträge ohne Leistung

Zum 1.8.1999 ist das Arbeitslosenrecht durch das 2. SGB III – Änderungsgesetz vielfältig verändert worden. Eine längst überfällige Korrektur des Gesetzes fand aber wieder nicht statt: Wie bisher werden einmalig gezahlte Arbeitsentgelte (wie z.B. Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt) bei der Bemessung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht berücksichtigt, obgleich vom einmalig gezahlten Arbeitsentgelt Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgezogen werden. Wie ungerecht diese Regelung ist, zeigt folgendes Beispiel:

	Arbeitn. A	Arbeitn. B
Jahresgehalt ohne einmalig gezahltes Entgelt	80.000,– DM	90.000,– DM
Weihnachtsgeld	8.000,– DM	0,– DM
Urlaubsgeld	2.000,– DM	0,– DM
Beitragspflichtiges Gesamtjahresentgelt	90.000,– DM	90.000,– DM
Das Arbeitslosengeld wird bemessen nach	80.000,– DM	90.000,– DM

Arbeitnehmer A bekommt, obgleich er den gleichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wie Arbeitnehmer B bezahlt hat, erheblich weniger Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Wie man sich gegen diese offensichtliche Ungleichbehandlung wehren kann, beschreibt der „Leitfaden für Arbeitslose“. Er rät allen Beziehern von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, die im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung einmalig gezahltes Arbeitsentgelt erhalten haben und deren Antrag noch nicht bewilligt ist, beim Arbeitsamt einen „Antrag auf vorläufige Entscheidung“ gemäß § 328 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III zu stellen (ein Muster findet sich im Leitfaden). Ein solcher Antrag ist möglich geworden, nachdem das Sozialgericht Berlin das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Das Bundesverfassungsgericht hält es seit 1995 für mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar, dass einmalig gezahltes Arbeitsentgelt zu Sozialversicherungsbeiträgen herangezogen wird, ohne dass es bei der Berechnung von kurzfristigen Lohnersatzleistungen, also auch bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe berücksichtigt wird. Dennoch hat weder die alte noch die neue Bundesregierung die verfassungswidrige Gesetzeslage geändert.

Der Grund für die Untätigkeit ist einfach: Die Berücksichtigung der einmaligen Zahlungen bei den Lohnersatzleistungen des Arbeitsamtes würde – nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Gerd Andres – jährlich 6 Milliarden DM kosten.
Es ist zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht, das in dieser Frage von Bundesregierung und Bundestag seit 1995 nicht ernst genommen wird, bald Tacheles reden und definitiv verlangen wird, dass einmalig gezahlte Arbeitsentgelte in die Bemessungsgrundlage von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe eingehen. Von einer solchen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts profitieren Arbeitslose, die jetzt Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe beantragen, aber nur, wenn sie rechtzeitig den genannten „Antrag auf vorläufige Entscheidung“ stellen. Sie erhalten dann rückwirkend von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an eine höhere Arbeitsamtsleistung.

Dieser Tipp und viele andere finden sich im „Leitfaden für Arbeitslose“, der in seiner am 1.8.1999 erschienenen 16. Auflage bereits das ab 1.8.1999 geltende 2. SGB III-Änderungsgesetz eingearbeitet hat. ■

Fotos: Privat

Die Stadt-als-Schule Berlin

Mitten im Leben lernen

Die Stadt zum Lernort, zur Schule machen. Nicht nur für das Leben, sondern mitten im Leben lernen, ist ein Konzept aus Amerika. Dort gibt es diesen Bildungsansatz seit über 20 Jahren. Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit Berlin brachten das City-as-School-Konzept von einem Besuch in New York City mit.

Sie erprobten den Bildungsansatz, den sie dann „Praxislernen“ nannten, in einem vierjährigen Modellversuch mit nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen unterschiedlicher Schulbildung und entwickelten die Idee weiter. 1992 wurde daraus ein Berliner Schulversuch im sozialen Brennpunktbezirk Kreuzberg für Schülerinnen und Schüler des 9. und 10. Schuljahres, die mit traditionellem Unterricht in Konflikt geraten sind.

„Praxislernen“ versteht sich als ein Reformvorhaben schulischen Lernens, bei dem Tätigkeit in Ernst- und Alltagssituationen sowie deren Aufarbeitung und Reflexion zu Allgemeinbildung führen soll. Schüler erhalten die Möglichkeit, interessenbezogen, handlungs- und produktorientiert zu lernen. Die Stadt mit ihren vielfältigen Lerngelegenheiten wird für die Hälfte ihrer wöchentlichen Schulzeit zum Lernort.

Der zweijährige Bildungsgang ist in sechs Trimester unterteilt, so daß die Schüler insgesamt sechs Praxislernprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten in Berliner Betrieben, Verwaltungen, sozialen und kulturellen Einrichtungen durchführen.

Neue Lust am Lernen

Schüler erleben Schulzeit oft als unbedeutend im Hinblick auf ihre Lebenssituation. Familiäre Probleme, Gefühle von Sinn- und Perspektivlosigkeit, Langeweile durch Unterforderung, Überforderung, fehlende Anerkennung, fehlendes Interesse an ihrer Person und Lebenssituation von seiten der Lehrer führen zu Schulunlust bis hin zur Schulverweigerung.

Es ist das lebensverbundene selbsttätige Lernen in Ernstsituationen, welches zu neuer Lernmotivation führt. So erleben Jugendliche Kenntnisse und Kompetenzen zum einen als persönliche Bereicherung, zum anderen als wesentliche Voraussetzung für das Berufsleben. Die Möglichkeit, von persönlichen Interessen sowie dem individuellen Leistungs- und Entwicklungsstand ausgehend, entdeckend lernen zu können, wird als reizvoll erlebt. Außerdem spielt die Anerkennung, die Jugendliche in der Erwachsenenwelt erhalten können, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Jugendliche wollen sich „im wirklichen Leben“ beweisen und nicht länger Informationen aus zweiter Hand auf der Schulbank bekommen – ein altersgemäßes Bedürfnis!

Neue Lerninhalte

Nicht nur unter Bildungsfachleuten, Eltern und Schülern, sondern auch aus Wirtschaftskreisen wird der Ruf nach veränderten Bildungsinhalten und Kompetenzen lauter. Kooperations-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, Teamgeist, Flexibilität und die Übernahme von Verantwortung sind Qualifikationen, die an Bedeutung gewinnen. Ebenso notwendig wird die Fähigkeit, sich immer wieder den neuen Anforderungen der Gesellschaft stellen zu können. Das bedeutet lebenslanges Lernen.

Ziele der Stadt-als-Schule Berlin

Diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und Anforderungen Rechnung tragend versteht die Stadt-als-Schule ihren Bildungsauftrag:

- Vermittlung von Faktenwissen auch über den Schulfächerkanon hinaus (z.B. Deutsch, Politik, Geschichte, Recht, Medizin, Psychologie, Chemie)
- Aneignung und Erweiterung von Fertigkeiten (z.B. Verbesserung der Kulturtechniken, Herstellung von Holzverbindungen, Fahrradreparaturen)
- Ausbau von Methodenkompetenzen (z.B. Informationsgewinnung und -verarbeitung, Arbeitsplanung und -organisation)
- Weiterentwicklung von Sozialkompetenzen (z.B. Kritik- und Konfliktfähigkeit, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit)
- Stärkung von Selbstkompetenzen (z.B. Interessenentwicklung, Kreativität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung)
- Entwicklung konkreter Lebens-, Ausbildungs- und Berufsperspektiven

Wie wird aus Tätigkeit Bildung?

Bei jedem Praxislernprojekt muß der Frage nachgegangen werden, wie der Lernprozeß so gestaltet werden kann, daß das Lernen über das praktische Tun hinausgeht. Der jeweilige Praxisplatz mit den dort tätigen

Menschen, den Arbeitsaufträgen, den für den Schüler potentiellen Betätigungsmöglichkeiten soll einen möglichst großen Aufforderungscharakter zum Handeln besitzen. Er soll zum Fragen und Ausprobieren anregen.

Im Verlauf ihres Praxislernprojektes planen und reflektieren die Schüler ihre Tätigkeit, erkunden Sachverhalte und Zusammenhänge, eignen sich Kenntnisse und Fertigkeiten, Arbeits- und Lernmethoden sowie Sozialkompetenz auf Grundlage eines individuellen Lernplans an. Dieser individuelle Lernplan wird jedes Trimester gemeinsam mit dem Schüler erarbeitet.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem materiellen oder ideellen Produkt (selbständige Aufgabe) zu. Mit der Bearbeitung und Präsentation der selbständigen Aufgabe zeigen sie, inwieweit sie in der Lage sind, sich Sachwissen anzueignen, Ressourcen zu nutzen.

Anders lernen heißt auch anders lehren

Der zuständige Pädagoge wird im wesentlichen zum Berater, Organisator und Initiator von Bildungsprozessen. Am ausgewählten Praxisplatz prüft der Pädagoge das „setting". Ausgehend von der konkreten Praxisplatzsituation entwickelt der Pädagoge in Absprache mit dem Schüler und den Experten vor Ort dann im Laufe des Trimesters einen individuellen Lernplan.

Lehrer lernen von Schülern

Der Pädagoge begleitet das „Lernen in der Stadt", indem er regelmäßig Besuche am Praxisplatz vornimmt, gemeinsame Gespräche mit dem Mentor und dem Schüler über den jeweiligen Stand des Lernprozesses sowie weitere Schritte führt. Dabei wird der Pädagoge oft zum Lernenden, muß sich ständig in neue Sachgebiete einarbeiten und sich selbst den jeweiligen Praxisplatz erschließen.

Lernen in der Schule

An zwei Tagen in der Woche lernen die Schüler in der Schule. Ziel ist die Aufarbeitung, Vertiefung und Ergänzung der Erfahrungen aus den Praxislernprojekten sowie das Erarbeiten von Grundkenntnissen und Fertigkeiten.

Schüler sollen sich in der Kommunikationsgruppe austauschen, voneinander lernen und im eigenen Tempo an ihren Erkundungs- und Fachaufgaben arbeiten. Die Kommunikationsgruppe ist auch der Ort, an dem jeweils am Ende eines Trimesters die Präsentationen der Praxislernprojekte stattfinden. Hinzu kommen die Fächer Mathematik und Englisch, ein Wahlpflichtangebot (z.B. Musik, Kunst, Computer, Schreibwerkstatt) sowie die drei Lernbereiche „Sprache, Kunst und Kommunikation", „Gesellschaft und Wirtschaft" und „Natur und Technik", in denen interdisziplinär gearbeitet wird.

Leistungen messen und beurteilen

Ein gelungenes Praxislernprojekt schließt u.a. mit einem materiellen oder ideellen Produkt ab. Das kann eine schriftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Fernsehen für Kinder" an einem Praxisplatz in einer Kindertagesstätte, das Modell einer Aufschlußbohrung (Praxisplatz Brunnenbau) oder der mehrseitige Cartoon zum Thema „Ausländerfeindlichkeit" (Praxisplatz bei einem Cartoonisten) sein. Zum jeweiligen Projekt wird eine Dokumentation angefertigt, die Vorgehensweisen, einzelne Arbeitsschritte, fachliche Informationen und Ergebnisse enthält. In einer Präsentation stellt der Schüler sein Projekt der Kommunikationsgruppe und/oder auf Trimesterendveranstaltungen der Schulöffentlichkeit vor.

Jedes Trimester erhalten die Schüler von ihren zuständigen Pädagogen einen ausführlichen Bildungsbericht von ein bis zwei Seiten über Lernerfolge am Praxisplatz und in der Schule sowie über ihr Arbeits- und Sozialverhalten. Ergänzt wird die verbale qualitative Beurteilung durch eine Punktebewertung, die Leistungen und Versetzungsentscheidungen „justitiabel" machen soll.

Stand Januar 1999

Seit dem Schuljahr '95/96 ist die vorläufige Endausbaustufe des Schulversuchs erreicht, so daß es zur Zeit sieben Lerngruppen mit insgesamt 135 Schülern gibt. Der Schulversuch wurde im Sommer 1996 nach Beendigung der ersten Versuchsphase um weitere vier Jahre bis zum Jahre 2000/2001 verlängert und in Bezug auf die Adressatengruppe erweitert. Ab dem Schuljahr '97/98 dürfen nun bis zu 30% Schüler aufgenommen werden, die noch nicht schulgescheitert sind. Der Antrag der Stadt-als-Schule, gleichberechtigt mit anderen Berliner Hauptschulen bei entsprechenden Leistungen auch einen dem mittleren Schulabschluß (Realschulabschluß) gleichwertigen Abschluß vergeben zu können, wurde im Frühjahr '96 gestellt und im Sommer '97 genehmigt, so daß Schüler seit dem Schuljahr '97/98 auch den mittleren Schulabschluß erlangen können.

Petra Perten

Eine Studie von Ulf Preuss-Lausitz belegt:

Integration ist nicht teurer als Separation

In seinem Beschluss von 1997 hat das Bundesverfassungsgericht die Frage verneint, ob die Überweisung einer Schülerin mit einer Behinderung in eine Sonderschule gegen ihren, bzw. den Willen ihrer Eltern, eine verbotene Benachteiligung darstelle. Es sei zulässig, dass der jeweilige Landesgesetzgeber die Verwirklichung integrativer Beschulung unter den Vorbehalt des finanziell Möglichen stelle, legte damals das höchste deutsche Gericht fest.

Doch schon in diesem Beschluss von 1997 steht auch diese Feststellung: Die Überweisung in eine Sonderschule benachteiligt den an integrativer Beschulung interessierten behinderten Schüler wenn die erforderliche Gesamtbetrachtung ergibt, dass seine Erziehung und Unterrichtung an der Regelschule mit sonderpädagogischem Förderbedarf möglich ist (und) der dafür benötigte personelle und sächliche Aufwand mit vorhandenen Personal- und Sachmitteln bestritten werden kann".

Ulf Preuss-Lausitz hat nun eine Kostenanalyse vorgelegt, die den Vergleich der entstehenden Kosten bei integrativer und separierender Beschulung auf eine breitere empirische Grundlage stellt. Er hat in Berlin den Bezirk Neukölln, im Land Brandenburg den Landkreis Oder-Spree, sowie in Schleswig-Holstein den Landkreis Segeberg in seine Untersuchung einbezogen. Diese noch unveröffentlichte Studie belegt eindrucksvoll, dass das Kostenargument nicht länger als „Totschlagargument" gegenüber dem Wunsch nach integrativer Beschulung missbraucht werden kann. Die Ergebnisse belegen, dass in den beiden Landkreisen der integrative Unterricht erheblich kostengünstiger und im Berliner Bezirk Neukölln nicht teurer ist als die Beschulung in der Sonderschule.

Starke Kostenunterschiede an den Sonderschulen

Zunächst gibt es erhebliche Kostenunterschiede, was die Sonderschulart betrifft, aber auch innerhalb einer Sonderschulart kann es erhebliche Unterschiede geben. So kostet in Berlin-Neukölln ein Schüler einer Sonderschule für Geistigbehinderte den Steuerzahler im Jahr ca. 34 000 DM, an den beiden Sonderschulen für Lernbehinderte kostet der Platz einmal ca. 17 000 DM und einmal nur ca. 12 000 DM, was u.a. daran liegt, dass die preiswertere Schule bei vergleichbaren Personal- und Betriebskosten eine deutlich höhere Schülerzahl vorweisen kann. Demgegenüber kostet ein Platz an der untersuchten Neuköllner Grundschule im Jahr ca. 6 500 DM pro Schüler, und für die insgesamt 44 integrierten Förderschüler entstanden durchschnittlich Zusatzkosten für Personal und Beförderung von ca. 17 500 DM, wobei es je nach Behinderungsart erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert gibt. Insgesamt kostete ein Integrationsplatz an dieser Grundschule im Durchschnitt ca. 24 000 DM. Vergleicht man dies mit den Kosten von ca. 23 700 DM, die diese Schüler durchschnittlich an Sonderschulen verursachen würden, so erscheint die integrative Beschulung zunächst als geringfügig teurer. Da bei dem letzten Wert allerdings die Beförderungskosten noch nicht berücksichtigt waren, verschwindet der geringe Kostenvorteil der Sonderbeschulung in diesem Fall wieder.

Bei Kostengleichheit der Gesamtkosten sind in der Regel bei Gemeinsamem Unterricht die Personalkosten höher, die Beförderungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten geringer als in Sonderschulen.

Unterschiede bei Personal- und Sachmitteln

Damit konnte Preuss-Lausitz eine Grundannahme seines Forschungsprojektes bestätigen: Bei Kostengleichheit der Gesamtkosten sind in der Regel bei Gemeinsamem Unterricht die Personalkosten höher, die Beförderungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten geringer als in Sonderschulen. Für den Steuerzahler ist damit Kostengleichheit gegeben, für die einzelnen Kostenträger jedoch nicht. Der Bezirk Neukölln würde durch mehr Gemeinsamen Unterricht seine Kosten senken (Beförderungs-Betriebs- und Verwaltungskosten), das Land etwas höhere Kosten haben (Personalkosten).

Der Einspareffekt

Konkret bedeutet das: Der Berliner Bezirk Neukölln könnte jährlich rund 1,3 Millionen DM Beförderungskosten einsparen. Im Landkreis Oder-Spree in Brandenburg könnte durch die Integration eines „körperbehinderten" Kindes im Jahr ca. 10 000 DM eingespart werden. Wenn man diese Summe auf 10 Schuljahre hochrechnet, hätte man durch die nicht aussondernde Förderung eines einzigen „körperbehinderten" Kindes 100 000 DM erwirtschaftet, die etwa für nötige Umbaumaßnahmen an einer Schule (Rampen, rollstuhlzugängliche WC, Treppenlifte etc.) zu veranschlagen sind. Und im schleswig-holsteinischen

Foto: Toni Nemes/transit

Fortsetzung auf Seite 20

Krankheitskostenvollversicherung:

Bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Wer bei uns krankenversichert ist und keine Leistungen in Anspruch nimmt, kann sich freuen: Wir zahlen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück, und das schon für das erste - nicht volle - Jahr.

Unsere Mitglieder erhalten seit Jahrzehnten hohe **Beitragsrückerstattungen** (BRE) - in diesem Jahr sogar über **500 Mio. DM!** Im Durchschnitt sind das mehr als 1.200 DM für jedes Mitglied mit Anspruch auf BRE.

Möchten Sie mehr über die Debeka-Vorteile wissen? Wir informieren Sie gern!

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil!

Die Debeka-Gruppe - überzeugende Testergebnisse!

Capital	Finanztest
12/98, 9/98, 3/98	4/99, 10/98, 7/98

Hauptverwaltung: 56058 Koblenz, Telefon (02 61) 49 80, Fax (02 61) 4 14 02, Internet http://www.debeka.de

Landesgeschäftsstelle Berlin: Dominicusstr. 14, 10823 Berlin, Telefon (030) 78 80 60

Fortsetzung von Seite 18

Landkreis Segeberg konnten bei sechs „integrierten Förderschülern“ sogar ca. 20 000 DM durchschnittlich pro Kind und Jahr eingespart werden. Kein Wunder, dass auch der Rechnungshof dort die Integration lobt!

Weiterhin wurde die Vermutung bestätigt, dass integrativer Unterricht besonders kostengünstig ist, wenn er in erheblichem Umfang durchgeführt wird, also nicht nur in Ausnahmefällen. Selbstverständlich sollte sein, dass zumindest ein Teil der eingesparten Kosten (z.B. 50 %) in nötige Umbaumaßnahmen oder Lehrerfortbildungsmaßnahmen investiert werden.

....im schleswig-holsteinischen Landkreis Segeberg konnten bei sechs „integrierten Förderschülern“ sogar 20 000. – DM durchschnittlich pro Kind und Jahr eingespart werden.

Empfehlung an die Politik

Abschließend kommt Preuss-Lausitz zu folgenden Empfehlungen: „Vor allem die Kultusministerien, die für Personalkosten zuständig sind, befürchten bei Zunahme des Gemeinsamen Unterrichts eine Kostenexplosion. Die vorliegende Studie zeigt einen anderen Weg: Nötig ist eine Gesamtrechnung sowohl innerhalb der sonderpädagogischen Personalkosten als auch auf der Ebene von Gesamtrechnungen, die die übrigen Kostenträger einbeziehen. Dann sind kostenneutrale Verlagerungen der sonderpädagogischen Förderung – bei mindestens gleicher pädagogischer Qualität – kein Problem. Empfohlen wird daher, für größere Regionen – das kann ein Landesteil, ein Kreis bzw. eine kreisfreie Stadt oder ein größerer Stadtteil sein – Planungen zu entwickeln, an denen alle Kostenträger beteiligt sind und wo ggf. Kostenverschiebungen durch Ausgleichsvereinbarungen geregelt werden. Solche Vereinbarungen gibt es im Schulbereich ja schon etwa bei potentiellen Energieeinsparungen einer Schule, wobei häufig definiert ist, dass sie 50 Prozent der Einsparungen für eigene Zwecke behält, 50 Prozent an den Schulträger abführt. Ähnlich könnte hier vorgegangen werden: Wenn etwa der Schulträger durch vermehrte wohnortnahe Integration Mittel reduziert, sollte er 50 Prozent behalten dürfen, 50 Prozent für behinderungsgerechte kleine Baumaßnahmen ausgeben oder in einen Gesamttopf geben, aus dem dann etwa zusätzlich entstehende Personalkosten des Landes oder anderer Träger, etwa für Therapie, Betreuung, Unterricht mit abgedeckt werden. Das schlösse die Einrichtung einer entsprechenden regionalen Konferenz ein, in der diese Fragen jährlich (bzw. halbjährlich) geregelt werden. Sinnvollerweise könnten an dieser Konferenz beratend Vertreter von Eltern mit behinderten Kindern teilnehmen. Natürlich ist es sinnvoll, auf regionaler Ebene eine langfristige Perspektive der Umwandlung aller Sonder-/Förderschulen zu entwickeln. Denn das parallele Angebot führt, wie in dieser Studie gezeigt werden konnte, bei kleiner werdenden Sonderschulen zu relativen Kostensteigerungen.“

Sollten sich die verantwortlichen Politikerinnen nicht einmal durch die zu erzielenden Einspareffekte zur durchgängig nicht aussondernden Förderung von Schüler/innen mit Beeinträchtigungen durchringen können, dann müssten sich betroffene Eltern – wieder einmal – auf den Weg vor die Gerichte begeben. Mit Hilfe dieser Studie dürfte dies ein ganzes Stück aussichtsreicher sein als bisher – sogar vor dem Bundesverfassungsgericht.

Manfred Rosenberger

Schulen unter Lupe genomm

Berliner Tagespresse stellte den Neu-Berlin großen Serien die Hauptstadt-Schulen vor.

Die Lokalredaktion des Tagesspiegel schickte im Herbst 1998 alle verfügbaren Leute auf Erkundungsjagd, um den Bonnern die Berliner Schulen näher zu bringen. Über fünfzig Schul-Porträts kamen in der Reihe „Berlins besondere Schulen“ zusammen.

Zunächst ging es zu den stadtbekannten Gymnasien mit Orgel-AG, Rudermannschaft oder Schulchor – und möglichst grundständig oder doch dies anstrebend. Bis zur zwölften Folge war deshalb klar, was man beim Tagesspiegel unter einer „besonderen Schule“ versteht. Dann aber kam eine unerklärliche Wende: Gut, eine Sonderschule ist schon deshalb besonders, weil sie eben eine Sonderschule ist. Auch das OSZ Chemie, Physik, Biologie ist in Berlin besonders: es gibt ja nur dieses eine. Aber mit der zuvor verwendeten Definition von „besonders“ hatte das nur wenig zu tun – was der Serie nur gut getan hat! Nun wurde exemplarisch an einigen Schulen demonstriert, wie bunt die Schullandschaft in Berlin ist.

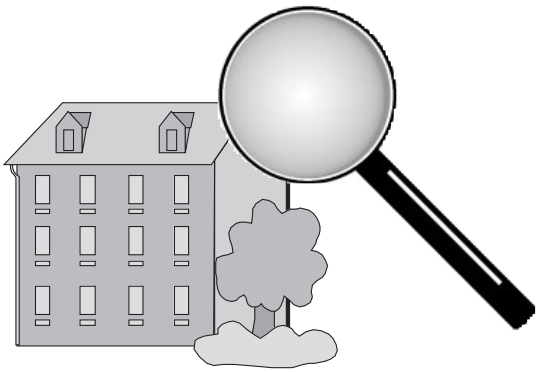
Diesen Eindruck bekommt man auch in der blz-Serie „Schulen in Berlin“, in der Schulen selbst zu Wort kommen und ihre Arbeit vorstellen. Eine solche Serie hatte die blz zwar schon lange geplant, aber immer wieder verschoben: Erst der Ärger über die Tagesspiegel-Serie brachte den notwendigen Schub. In der blz sollen auch weiterhin in lockerer Folge Schulen zu Wort kommen. Vielleicht erhalten einige Kollegien durch diese Artikel auch Anregungen für Änderungen an ihrer Schule: „Das könnten wir doch auch mal machen! Die rufe ich mal an! Die machen das gleiche wie wir!“

Die Berliner Zeitung zog erst im März 1999 mit einer Studie von Bildungsforschern der Humboldt-Universität nach. Immerhin 908 allgemeinbildende Schulen waren angeschrieben worden, 633 Schulen hatten den siebenseitigen Fragebogen ausgefüllt zurück geschickt. „Es fällt schwer zu glauben, dass es in fast jeder dritten Schule unmöglich gewesen sein soll, die erbetenen Angaben zu machen. Offenbar verstehen die Lehrer nicht überall die eigene Bildungsarbeit als Angebot, für das zu werben sich lohnt“, schreibt enttäuscht der Leiter der Studie, Professor Rainer H. Lehmann.

Anders als beim Tagesspiegel standen in der Studie der Berliner Zeitung die harten Daten der Schulen im Mittelpunkt: Ausstattung, Verkehrslage, Essen-Angebote, Anzahl der Schüler pro Lehrer, Anzahl der Schüler pro Computer. Nachdem die wichtigsten Ergebnisse der Studie in mehreren Artikeln dargelegt und interpretiert wurden, hat die Berliner Zeitung alle Ergebnisse tabellarisch zusammengefasst und als Beilage der Zeitung veröffentlicht. Leider fehlen einige wichtige Daten: Welche Gesamtschulen haben eine Oberstufe? Ist die Schule eine Ganztagsschule? Über welche Schulen kann man im Internet etwas erfahren?

Bei einigen Ergebnissen der Studie frage ich mich, ob der Aufwand ein vernünftiges Ver-

die
en
ern in



hältnis zum Ertrag hat: Dass die Bausubstanz der Schulen in den Ost-Bezirken allgemein schlechter ist als in den West-Bezirken, ist nicht gerade eine neue Information. Ebenso wenig, dass in den Ost-Bezirken die Versorgung mit Frühstück und Mittagessen wesentlich mehr verbreitet ist als in den West Bezirken. Auch dass die wenigsten Grundschulen voll mit Computern ausgestattet sind oder gar über einen Internet-Anschluss verfügen, ist bekannt.

Andere Ergebnisse sind wiederum ohne Erklärung nicht besonders aussagekräftig: Die reine Zahl der Schüler/Lehrer-Relation sagt nicht viel aus, wenn nicht gleichzeitig mitgeteilt wird, aufgrund welcher Eigenheiten der Schule diese Zahl zustande kommt (Integrationsklassen, Anteil Kinder nichtdeutscher Herkunft, Modellversuch usw.).

Aufschlussreich sind die Daten über die Computerdichte an Schulen. Bei den Gymnasien schneidet beispielsweise das Französische Gymnasium mit 238 Schülern pro Computer am schlechtesten ab, da kann sich das Steglitzer Fichtenberg-Gymnasium (das als weitere Fremdsprache übrigens nicht Türkisch, sondern Spanisch anbietet) mit 86 Schülern pro Computer an zweitletzter Stelle noch sehen lassen. Das Canisius-Kolleg machte sicherheitshalber bei diesen für eine Privatschule sensiblen Daten keine Angaben. Bis diese Schulen den Standard der Kreuzberger Lina-Morgenstern-Gesamtschule (16 Schüler pro Computer) oder gar der Hohenschönhausener Fritz-Reuter-Gesamtschule (13 Schüler pro Computer) erreichen, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Aber vielleicht sollten sie sich erst einmal am Berliner Durchschnitt orientieren: der liegt bei 37 Schülern pro Computer. Ob es sich die Walter-Gropius-Gesamtschule in Neukölln noch lange leisten kann, dass sich bei ihr 74 Schüler um einen Computer drängen, während es in der Fritz-Karsen-Gesamtschule in unmittelbarer Nachbarschaft lediglich 39 Schüler sind – die noch dazu im Schulchor singen dürfen? Man sieht: Bei genauerem Hinsehen können aus der Studie noch einige Funken geschlagen werden.

Sehr nützlich, insbesondere für Neu-Berliner, sind Informationen, die man sonst mühsam erfragen muss: die Entfernung zum nächsten Bus, das Essens-Angebot der Schule oder auch die Schulwegsicherung. Allerdings wird der Informationsgehalt der Studie dadurch eingeschränkt, dass 300 Schulen nicht erfasst wurden. Vielleicht ist gerade die Schule nicht dabei, die man schon immer gesucht hat! Die Alt-Berliner haben diese Informationsoffensive über die Berliner Schulen möglicherweise mit gemischten Gefühlen aufgenommen: Da kriegen die Bonner einen Service, der uns nie geboten wurde. Was die Hoffnung auf einige neue Abonnenten so alles bewirken kann!

Klaus Will

Das vom LSA herausgegebene Verzeichnis der Berliner Schulen gibt es beim Kulturbuch Verlag für 25 Mark, als CD-ROM für 24,95 bei der Berliner Schulwerbungs-GmbH. Die monatlich aktualisierte Fassung des Schulverzeichnisses findet man im Internet unter http://home.t-online.de/home/LSA Berlin.

KLASSEN-KITA FAHRTEN
von der Ostsee über Brandenburg, Sachsen bis nach Thüringen, Tschechien möglich
Unsere Leistungen: Übernachtung/VP/BW, auf Wunsch Organisation der Beförderung
Katalog jetzt anfordern
Mo - Fr ab DM 150,00
Verlängerung möglich
FERIENSERVICE
Tel.: 030/ 293 319 33
10243 Berlin, Gubener Str. 49 KINDERVEREINIGUNG Berlin e.V. Fax.: 30

Klassenreisen in den Müritznationalpark
Super-Ferienhaus für 2-8 Personen
direkt am Wasser und Nationalpark
Hausboote ohne Führerschein, Surf/Segel-/Katschule, Kajak-Fahrrad-Verleih, Reitstall in der Nähe, Angeltouren
Urlaubsparadies Müritzufer
Tel: 03 98 23/2 53-10 • Fax: -11 • www.mueritz.com

GRAPH DRUCKULA
MIETEN
SIE EINE BUTTONMASCHINE
Ideal für Schulfeste , den Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.
(Bitte lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!)
GRAPH DRUCKULA GmbH
GNEISENAUSTR. 2A · 10961 BERLIN · Fon 030 / 694 016 20
BUTTON - MASCHINEN & TEILE - PRODUKTION - VERKAUF - VERLEIH

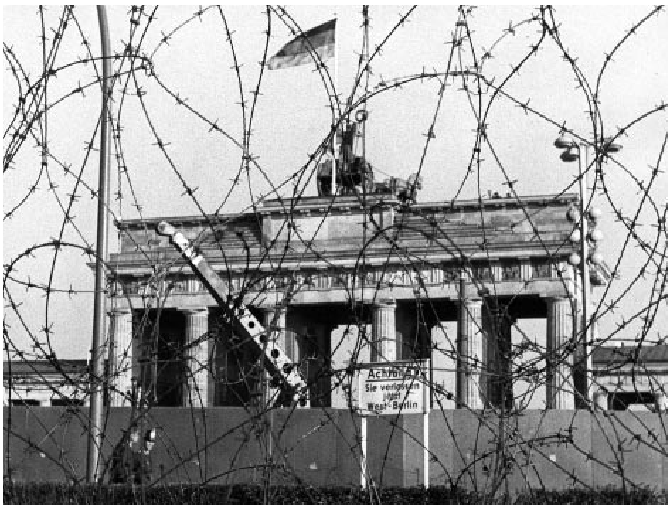
Gesundes Getreide - Steinmetz veredelt
„Ich habe mich informiert: Das Steinmetz-Mehl wird vor dem Mahlen gewaschen und enthülst. Die anhaftenden Luftschadstoffe werden so fast vollständig entfernt. Der Keimling, die Ballaststoffe und Vitamine bleiben damit erhalten.
Mein Favorit: Kraftprotz-Brötchen mit frischen, geraspelten Möhren und Kürbiskernen."
Kraftprotz-Brötchen stündlich ofenfrisch
BÄCKER WIEDEMANN
Backtradition seit 1895
backt alles aus STEINMETZ Mehl
©PRESSE

+++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++ Kopiervorlage +++

Symbol der Teilung: Die Berliner Mauer 1961 – 1989

„Die Mauer, das war, wo auf der einen Seite Westdeutschland war und auf der anderen Ostdeutschland. Die haben sie gebaut, damit sie sich nicht streiten, links und rechts von der Mauer...“

Melike, 7 Jahre aus Tiergarten.



Die Mauer in Berlin war jahrzehntelang Symbol und sichtbares Zeichen der Teilung der Welt in Ost und West. Errichtet wurde sie am 13. August 1961. Bis zum 9. November 1989 machte die Mauer aus Berlin eine geteilte Stadt. Es gab den West- und den Ostteil. Dazwischen verlief die Grenze mit Mauer, Stacheldraht und Soldaten. Diese Grenze trennte auch die DDR von der Bundesrepublik, machte also aus dem früheren Deutschland zwei deutsche Staaten. In Berlin war diese Grenze besonders sichtbar, weil z.B. Straßen ganz plötzlich an der Mauer endeten und niemand weiterfahren konnte.

Der Bau der Mauer und die Teilung Deutschlands waren eine Folge des Zweiten Weltkriegs. Deutschland hatte diesen Krieg, den es angezettelt hatte, verloren und war dann von den Siegermächten aufgeteilt worden. Ebenso erging es Berlin. Weil sich die Sieger aber nicht über eine gemeinsame politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands einigen konnten, wurden zwei unterschiedliche deutsche Staaten gegründet – die Deutsche Demokratische Republik/ DDR im Osten und die Bundesrepublik Deutschland im Westen.

„Man war ja plötzlich voneinander abgeschnitten, die meisten von uns hatten ja nicht mal Telefon. Im Osten schon gar nicht. Wir haben uns dann immer Briefe geschrieben – aber die dauerten auch eine Woche.“
Elke, 58 Jahre aus Treptow

Hier standen die Leute und haben gewunken – und auf der anderen Seite standen sie auch.
Erika, 76 Jahre aus Neukölln

„Am 18. August sollte unsere kirchliche Trauung sein, die haben wir dann abgesagt. Die Eltern meines Mannes konnten ja nicht mehr rüberkommen. Aber wir dachten: das gibt sich wieder. Aber dann ist es so geblieben. Hochzeit war dann im Winter – ohne meine Schwiegereltern.“
Monika, 60 Jahre aus Charlottenburg

Der 13. August ‘61

Am frühen Morgen des 13. August 1961 wurden der West- und Ostteil Berlins durch Hindernisse aus Stacheldraht voneinander getrennt. Auf der östlichen Seite marschierten bewaffnete Soldaten auf, Panzer gingen in Stellung.

Seit diesem 13. August war die Stadt also durch die Mauer in zwei Hälften geteilt. An manchen Orten war das besonders drastisch sichtbar: in der Bernauer Straße im Wedding gehörte z.B. die südliche Häuserzeile zum östlichen Teil der Stadt, der davor liegende Bürgersteig aber schon zum westlichen. Zahlreiche Flüchtlinge nutzten diese Situation und sprangen aus den Fenstern in den Westteil der Stadt. Um das zu verhindern ließ die DDR-Führung die Wohnungen später räumen und Fenster und Türen zumauern.

Zur Diskusssion in Gruppen:
Welche Folgen hat es für eine Stadt und ihre Menschen, wenn sie über Nacht durch eine Mauer voneinander getrennt werden?
Sammelt weitere Aussagen von Zeitzeugen zum 13. August 1961

Viele Menschen, die in den 50er und 60er Jahren auf dem Gebiet der DDR lebten, waren mit der politischen und wirtschaftlichen Situation dort nicht zufrieden; sie entschlossen sich, ihr Land in Richtung Westen zu verlassen. Bis August 1961 waren das rund drei Millionen Menschen. Die Hälfte von ihnen war jünger als 25 Jahre alt.

Die Mauer und die Opfer

Im Laufe der Jahre wurde die Berliner Mauer mehrfach umgebaut. Zuletzt hatte sie eine Höhe von knapp vier Metern und war von Beobachtungstürmen und Schützenstellungen umgeben. Bewaffnete DDR-Grenzsoldaten bewachten sie und verhinderten Fluchtversuche. Mindestens 80 Menschen kamen bei Fluchtversuchen an der Berliner Mauer ums Leben. Die beiden letzten Opfer starben noch Anfang des Jahres 1989. Ein junger Mann wurde von Grenzbeamten erschossen, ein anderer stürzte mit einem selbst gebastelten Ballon ab.

- *Was bedeutet es für ein Land, wenn viele junge Menschen von dort weggehen?*
- *Welches Interesse kann eine Regierung haben, das zu stoppen?*
- *Welche Rechte beschneidet ein Staat, der seine Bürger nicht gehen und reisen lässt, wohin sie wollen?*
- Wie können Menschen darauf reagieren?

Zusammenstellung:
so*wie***so** Pressebüro, Lützowufer 12, 10785 Berlin, Tel: 030 – 26 48 03 03

9. November 1989 – 9. November 1999
Zehn Jahre „Fall der Mauer“

Als die Mauer ins Wackeln kam ...

Im Herbst 1989

... forderten Hunderttausende von Bürgern der DDR in Massendemonstrationen von ihrer Regierung immer heftiger Reisefreiheit, freie Informationen und freie Wahlen.

... flüchteten über 200 000 Bewohner der DDR über Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Österreich in die Bundesrepublik Deutschland.

Niemand war sicher, ob die Regierung nicht mit Gewalt gegen die Demonstranten vorgehen würde. Das war schon einmal im Jahr 1953 geschehen; damals waren unzufriedene Bürger der DDR bei Demonstrationen erschossen, verhaftet oder eingesperrt worden. Deshalb hatten viele Menschen auch 1989 zunächst Angst, auf der Straße offen für ihre Rechte einzutreten.

„Ihr seid an einem ganz besonderen Tag geboren, an einem Tag, an dem sich viele Menschen um den Hals gefallen sind. Vorher gab es eine Mauer in unserer Stadt, wo zum Beispiel die Oma nicht zu den Enkeln durfte. An Eurem Geburtstag hat das alles aufgehört – dieser große Unsinn ist jetzt vorbei.“

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, vor Berliner Kindern, die am 9. November 1989 geboren wurden. Zitiert nach Berliner Morgenpost vom 10.9.1994.

Foto: Landesbildstelle

Plötzlich kam Dieter in die Küche gestürzt. „Ich brauche mir von euch nicht vorschreiben zu lassen, was ich tun muss“, rief er ins Wohnzimmer zurück. Opa Ludwig kam mit hochrotem Kopf hinterher. „Und ich sage dir, geh nicht nach Leipzig zur Demonstration. Halt dich da raus. Lass doch die anderen demonstrieren.“ „Die anderen, die anderen“, äffte Dieter ihn nach, „wenn jeder so denkt, passiert überhaupt nichts.“ „Ich werde dir sagen, was passieren wird. Sie werden euch über den Haufen schießen. Peng, peng, peng.“ Bei jedem Peng schlug Opa Ludwig auf den Küchentisch, dass die Torte wackelte.

Auszug aus: Du bist also der Maik? Von Karsten Stollwerck, Verlag Jungbrunnen

Aufgaben:

Fragt Eure Eltern und Verwandte nach dem 9. und 10. November 1989. Wie haben sie vom Fall der Mauer erfahren, was haben sie daraufhin getan und wie haben sie diese Tage erlebt?
Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede könnt Ihr feststellen?
Wo findet man heute noch Reste der Mauer im Berliner Stadtgebiet?

Am 9. November 1989

... verkündete am Abend ein Mitglied der DDR-Führung völlig unerwartet, dass von DDR-Bürgern „Privatreisen nach dem Ausland ... ohne Vorliegen von Voraussetzungen ... beantragt werden“ könnten. Das war bislang so nicht möglich gewesen.

... verstanden Tausende von DDR-Bürgern diese Äußerungen so, dass sie ab sofort ohne Weiteres in den Westen reisen könnten. An den schwerbewachten Grenzübergangsstellen versammelten sich daraufhin Menschenmassen.

... verzichteten die Kommandeure der Grenztruppen unter diesem Druck auf Gewalt und öffneten die Schlagbäume. Das geschah zuerst am Übergang Bornholmer Straße in Berlin, im Laufe der Nacht dann an verschiedenen Übergängen an der innerdeutschen Grenze.

Neben dem Mauermuseum Bernauer Straße, dem Haus am Checkpoint Charly u.ä ist derzeit auch folgende Ausstellung zu empfehlen:
***„Geteilte Nachbarschaft“** im ehemaligen Grenzgebiet Treptow/ Neukölln mit vielen Augenzeugenberichten und Privatfotos. Heimatmuseum am Sterndamm 102, Donnerstag bis Sonntag von 14 bis 18 Uhr, Eintritt frei.*

Berufsausbildung

Deutsch als Zweitsprache

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Alphabetisierung in der Erstsprache- oder Zweitsprache und schriftsprachlichen Kompetenzen?

Im vergangenen Schuljahr besuchten in Berlin ca. 399.000 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildende Schule. Davon sind ca. 55.000 – also fast 14 Prozent – nicht-deutscher Herkunft bzw. nicht-deutscher Muttersprache. Das Arbeitsgebiet „Deutsch als Zweitsprache" widmet sich den konzeptionellen und unterrichtspraktischen Fragen und Modellen zur Sprachcherziehung der Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Herkunft im allgemeinbildenden Schulsystem.

Wie gestaltet sich weitergehend die sprachliche Situation von Migranten, die das allgemeinbildende Schulsystem durchlaufen haben und eine Berufsausbildung im dualen System oder an einer weiterführenden beruflichen Fachschule aufgenommen haben? Dazu möchte ich im folgenden meine Erfahrungen ausführen, die ich seit mehreren Jahren im berufsbegleitenden Deutschunterricht mit Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache sammelte. Meine Beobachtungen sind nicht repräsentativ. Sie geben dennoch eine begrenzte Auswertung pädagogischer Realität wider, die ich hier zur Diskussion stellen möchte.

Beobachtungen zur sprachlichen Situation

Alle Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache, auf die sich meine Beobachtungen beziehen, weisen einen qualifizierten Schulabschluss auf und absolvieren eine Ausbildung in medizinisch-pflegerischen, sozialen und vereinzelt auch in Bereichen der Bürokommunikation.

In Gesprächen ist zu beobachten, dass sie fließende Deutschkenntnisse aufweisen, die sie in sprachlicher Hinsicht von ihren deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern kaum unterscheiden. So entsteht ausgehend von den mündlichen Sprachfertigkeiten auf den ersten Blick der Eindruck, als seien die zweitsprachlichen Kompetenzen der Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache vergleichbar mit den Sprachkompetenzen muttersprachlich-deutscher Auszubildender. Aus der Sicht der Auszubildenden jedoch fällt die Beurteilung ihrer sprachlichen Kompetenzen in der Zweitsprache Deutsch weniger positiv aus. In Einzelgesprächen zu Beginn der Förderphase, in denen ich einen Sprachtest vornehme und Daten zur sprachlichen Biographie meiner Kursteilnehmer erfasse, bitte ich die Teilnehmer um eine Selbsteinschätzung ihrer Deutschkenntnisse. Dabei wird deutlich, dass viele der Azubis – alle haben wie bereits erwähnt einen qualifizierten Schulabschluss – ihre Sprachkenntnisse im Deutschen als negativ bewerten, dass sie sich in der Schule als Sprecher der deutschen Sprache als wenig kompetent erlebten, dass sie ihre Sprachkenntnisse im Rahmen der schulischen Unterrichtung als unzulänglich erfuhren. Diese Selbsteinschätzung fanden die befragten Auszubildenden bestätigt in der schulischen Fremdbewertung im Fach Deutsch, die in der Regel unter der Note „befriedigend" lag.

Besondere Schwierigkeiten – so die Ausführungen der Auszubildenden in den Erstgesprächen – bereite der gesamte schriftsprachliche Bereich des Deutschen: Das Lesen und Verstehen von Texten, das Verstehen von Fragen und die Anfertigungen schriftsprachlicher Aufgaben. Aber auch das Hörverstehen im Unterricht sei schwierig, so dass aufgrund dessen einige fachliche Sachverhalte nicht nachvollzogen werden können. Die zumeist negative Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse junger Auszubildender ist häufig verbunden mit der Einsicht, dass die Qualität der Sprachkompetenz des Deutschen entscheidend ist für den weiteren beruflichen Werdegang. Die nicht erreichte Zensur, die das geplante Berufsziel „verbaut", wird nicht selten als eigene Unzulänglichkeit erlebt wie folgende Aussage deutlich macht. Eine Kursteilnehmerin führt an:

> *„Eigentlich wollte ich Medizin oder Biologie studieren. Aber meine Deutschkenntnisse reichten dafür nicht aus. Wir haben leider in der Grundschule zuviel gespielt."*

Die beobachtbare negative Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse lässt junge Immigranten häufig eine wenig optimistische Lernprognose ziehen, die sie weitgehend resigniert vor den Anforderungen des Deutschen stehen lässt. Eine in Deutschland geborene Auszubildende drückt ihre Not folgendermaßen aus:

> *„Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, die deutsche Sprache zu üben."*

Eine Überschätzung der Sprachkenntnisse im Deutschen – beispielsweise bei Diskrepanzen zwischen Einschätzung der eigenen Leistung und dem Prüfungsergebnis – ist selten zu beobachten. Eine Außerachtlassung der Sprache als relevantem Prüfungsfaktor kann jedoch wiederum auf sprachbedingte Verstehensprobleme der Auszubildenden hinweisen. Dazu folgende Äußerung:

> *„Ich habe den Prüfungsstoff gut beherrscht, aber die Fragen waren so unmöglich gestellt, dass ich sie nicht verstehen konnte und deshalb auch die Fragen falsch beantwortet habe."*

Umgang mit Schriftsprache und Sprachgefühl

Ausgehend von der in den Erstgesprächen aufgenommenen Erfassung der Daten zur sprachlichen Sozialisation der Auszubildenden stellte sich mir nachträglich in der Spracharbeit eine Einteilung in zwei Sprachfördergruppen: zum einen die Gruppe der Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache, die ihre Grundschulzeit im Herkunftsland absolvierten; zum anderen die Gruppe mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland. Wie erklärt sich diese Einteilung?

a) Auszubildende nicht-deutscher Muttersprache, die ihre Grundschulzeit im Herkunftsland absolvierten, erwarben die Basiskompetenzen „Lesen" und „Schreiben" in ihrer Erstsprache. Auffallend war, dass Auszubildende, die diesem Teilnehmerkreis zuzuordnen waren, im Förderunterricht rasch sprachliche Lernfortschritte

aufwiesen. Bereits nach einigen Stunden des Sprachunterrichts entwickelte sich ihr Sprachbewusstsein deutlich. Dies zeigte sich u.a. in der Ausbildung sprachlicher Sensibilität für Regelhaftigkeiten der deutschen Sprache, in selbstinitiierten Reflexionen über Wortbedeutungen und sprachkontrastiven Vergleichen zwischen der Ausgangs- und Zielsprache.

b) Auszubildende nicht-deutscher Muttersprache mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland erwarben in der Regel den Prozess der Alphabetisierung in der Zweitsprache Deutsch. Der Sprachförderprozess der Auszubildenden, die „idealtypisch" dieser Gruppe zuzuordnen sind, gestaltete sich weitaus schwieriger und erfordert auch eine andere didaktische Vorgehensweise als die Spracharbeit mit Auszubildenden, die im Herkunftsland den Prozess der Alphabetisierung durchliefen. Des weiteren fiel mir auf, dass Auszubildende mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland vielfach eine besonders markante und verfestigte schriftsprachliche Unsicherheit aufweisen.

Diese äußert sich im schriftlichen Bereich beispielsweise in der Verwendung sogenannter „Bandwurmsätze", bei denen die Lerner keinen Satzrhythmus erspüren können. Verstehensleistungen erfolgen oftmals nach dem Prinzip der semantischen Konzentration. So wird zwar ein Schlüsselbegriff erkannt, jedoch nicht zu den syntaktischen bzw. logischen Verknüpfungen des Satzes in Verbindung gebracht. (Diese Fehlleistungen wirken sich in Prüfungen fatal aus.) Die Auswertung schriftsprachlicher Arbeiten ergab tendenziell Fehlerschwerpunkte in :

- dem Bereich der Wortstellung
- dem Bereich der Deklination
- dem Umgang mit logischen Verknüpfungen
- dem Gebrauch der Rektion der Verben und Präpositionen
- der Verwendung konjugierter Verben und insbesondere in der Verwendung unregelmäßiger Verben.

Damit unterscheidet sich das Fehlerprofil vieler der von mir betreuten Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland in vieler Hinsicht von dem mir bekannten „Fehlerprofil" muttersprachlich-deutscher Schüler mit den Fehlerschwerpunkten Groß- und Kleinschreibung, Getrennt- und Zusammenschreibung, Doppelkonsonanten.

Die schriftsprachlichen Unsicherheiten der von mir betreuten Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland führe ich zurück auf gering ausgebildetes Sprachgefühl. Sprachgefühl ist zu verstehen als intuitives Können beispielsweise, wenn es darum geht, den Satzrhythmus zu erspüren, Ableitungen zur Erschließung von Wort-, Satz- und Textinhalten mittels bewusster oder unbewusster Strategien zu tätigen etc. Der kindliche Schriftspracherwerb gilt als wesentlicher Schritt hin zur Ausbildung von Sprachbewusstsein so der Sprachwissenschaftler und Sprachdidaktiker H. Glinz. Nicht zuletzt ist Sprachgefühl eine wesentliche Voraussetzung schriftsprachlicher Sicherheit und führt zur Autonomie des Lernens im Umgang mit fachlich-abstrakten Inhalten.

Aus dieser immer wiederkehrenden Beobachtung stellte sich mir die Frage, inwieweit eine stabile erstsprachliche Kompetenz – sowie sie zumindest durch den schulischen Prozess der Alphabetisierung angestrebt wird – eine Grundlage für den sicheren zweitsprachlichen Umgang mit abstrakten fachbezogenen Inhalten ist.

Das „Verlernen" verfestigter fehlerhafter Sprachstrukturen

Der Prozess der Sprachförderung junger Auszubildender, die in Deutschland kontinuierlich die Schule besuchten und das geschilderte sprachliche Leistungsprofil zeigen, ist sehr zeitintensiv und für die Lernenden sehr beschwerlich. So haben sich bereits viele fehlerhafte Sprachstrukturen verfestigt, und die normgerechten Strukturen müssen buchstäblich „neu" erlernt werden. Die Stärkung der motivationalen Basis dieses Teilnehmerkreises ist deshalb eine Grundvoraussetzung des Förderprozesses. Das heißt: den Teilnehmern muss vermittelt werden, dass der anstehende Sprachförderprozess – auch angesichts des mehr als 10-jährigen Schulbesuchs in Deutschland und angesichts fließender mündlicher Sprachkompetenzen – ein mühsamer Prozess ist, der viel Geduld und Durchhaltevermögen abverlangt.

Die Schwierigkeiten junger Auszubildender im Umgang mit geschriebenen Sprache sind möglicherweise auf Stagnationen des gesteuert-unterrichtlichen zweitsprachlichen Lernprozesses zurückzuführen. Als erwiesen gilt, dass der zweitsprachliche Grammatikerwerb in einer bestimmten Reihenfolge verläuft und dabei zwangsläufig bestimmte Erwerbsstufen durchlaufen werden, in denen die Zielsprache fehlerhaft bzw. normenabweichend verwendet wird. Diese „produktiven" Fehler sind jedoch bekanntlich notwendige Entwicklungsschritte und positive Fehlleistungen auf dem Weg zur richtigen Beherrschung der Zweitsprache. Ihr Entstehen liegt in der Dynamik des Spracherwerbs begründet und ist darauf zurückzuführen, dass Lerner aus den gehörten Sprachangeboten bestimmte Strukturen herausfiltern. In der Linguistik spricht man in diesem Zusammenhang von „Lernersprachen". Negativ entwickeln sich Lernersprachen dann, wenn sich Normenabweichungen „einschleifen" oder „fossilieren" und der Grammatikerwerb auf einer bestimmten Stufe stagniert. Eine Stagnation der Lernersprachen scheint mir bei vielen Auszubildenden nicht-deutscher Muttersprache mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland vorzuliegen. Diese Defizite äußern sich – wie aufgezeigt – weniger in der mündlichen, sondern vielmehr im Umgang mit der Schriftsprache und erschweren eine erfolgreiche Erarbeitung und prüfungsrelevante Darstellung der gelernten Ausbildungsinhalte.

Gleichbehandlung = Chancengleichheit?

Die in meinem Arbeitsfeld beobachtbaren eingeschränkten Kompetenzen junger Immigranten nicht-deutscher Muttersprache mit kontinuierlichem Schulbesuch in Deutschland im Umgang mit der deutschen Schriftsprache zeigen, dass sich ihr „Rechtschreibprofil" von dem muttersprachlich-deutscher Gleichaltriger in vergleichbarer Bildungssituation und auch von dem Auszubildender nicht-deutscher Muttersprache mit abgeschlossenem Alphabetisierungsprozess im Herkunftsland unterscheidet. Diese Beobachtung lässt den provokanten Schluss zu, dass bildungspolitische Versäumnisse – die institutionelle Vernachlässigung der Muttersprache in einer wesentlichen Phase der Alphabetisierung – Langzeitwirkung haben können und in diesem Fall Gleichbehandlung nicht unbedingt zu Chancengleichheit führt.

Annette Müller

Abenteuer Begegnung

Die Mauern in den Köpfen zwischen Ost und West nehmen nicht ab sondern zu.

Dies trifft gerade auch auf Jugendliche zu, die am Tag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erst 5 – 6 Jahre alt waren. Vorurteile sind zäh. Sie werden von Eltern, LehrerInnen und Gleichaltrigen weitergegeben und sind sie erst einmal verfestigt, lassen sie sich nur schwer korrigieren. Neue Untersuchungen zeigen, dass die Bilder in den Köpfen klar ausgeprägt sind: „Ossis" sind ausländerfeindlich, rückständig und rechtsextrem. „Wessis" sind überheblich, unsozial und eingebildet. Die ExpertInnen sind sich einig: Direkte Begegnung und Auseinandersetzung sind notwendig. Aber im Alltag der Jugendlichen kommen sie so gut wie nicht vor.

Begegnungsstätte Kurt Löwenstein in Werftpfuhl

Unsere Begegnungsseminare

Diese Begegnungen ermöglicht die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein mit Wochenseminaren für SchülerInnen aus Ost- und Westberliner Stadtteilen und seit Ende letzten Jahres auch mit Begegnungsseminaren zwischen Westberliner und Brandenburger SchülerInnen. Dabei sind weitere Hürden zu überwinden. Zwischen den Kids aus der Metropole und den „Landeiern" aus Brandenburg bestehen zusätzliche Gegensätze. Die Übergriffe der letzten zwei Jahre und die Berichterstattung haben zudem Ängste bei den Berliner Jugendlichen, LehrerInnen und Eltern geschaffen, nach Brandenburg zu fahren – womöglich noch als überwiegend türkisch stämmige Gruppe. Sind diese Hürden genommen, kann das Abenteuer Begegnung beginnen.

Im letzten Jahr fanden mehrere Begegnungen zwischen GesamtschülerInnen aus den Brandenburger Kleinstädten Bernau, Altlandsberg, Eberswalde und Finowfurt mit HauptschülerInnen aus den Westberliner Bezirken Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg statt.

Was wird dort gemacht?

Mit jeder Menge Bedenken im Kopf und Unbehagen im Bauch treffen die SchülerInnen am Montagmorgen in der Bildungsstätte ein. Nach der Kennenlern-Runde und der Klärung des Wochenprogramms, einschließlich der wichtigsten Regeln, begeben sie sich in meist geschlechtsgetrennte aber mit BerlinerInnen und BrandenburgerInnen gemischte Arbeitsgruppen. Zu Themen Gewalt/Sexualität/Vorurteile und „Wo gehöre ich hin" erstellen sie im Laufe der Woche einen Videofilm, eine Fotoausstellung, ein Theaterstück und eine Computeranimation.

Sehr schnell geraten die Vorurteile ins Wanken: „Ich dachte, ich treff hier nur auf Glatzen", erzählt Amine, „doch eigentlich sind die Brandenburger alle ganz nett. Wir kommen prima miteinander aus." „Es gibt eher Gemeinsamkeiten", stellt Eileen aus Finowfurt auch auf das Arbeitsthema bezogen fest. Ihre Zeitungsgruppe hat sich mit Gewalt an Schulen auseinandergesetzt und wenig Unterschiede dabei gefunden. „Es ist schon Erschreckendes herausgekommen. Ich hätte nicht gedacht, dass auch Mädchen so gewalttätig sind," berichtet Katharina aus Berlin. Die RadiomacherInnen aus Finowfurt sind von der Recherche-Tour auf dem Cottbuser Damm in Kreuzberg beeindruckt. Erstmals erfahren sie hautnah von der Lebenssituation der MigrantInnen in Deutschland. Sie werden gezwungen, sich mit den alltäglichen Diskriminierungen auseinanderzusetzen und eine eigene Position – jenseits der Klischees und Vorurteile – zu beziehen.

Bis zur letzten Minute wird am Donnerstag an den gemeinsamen Produkten für die Präsentation gefeilt und sehen einige noch ihr bisheriges Feindbild in Scherben fallen, für andere war diese Frage schon zur Wochenmitte erledigt. „Es kostet Überwindung, aufeinander zuzugehen, aber gemeinsam haben wir die Hindernisse aus dem Weg geräumt", resümiert Jan aus Neukölln die Woche.

Solche Begegnungen sind kleine Durchbrüche durch die Mauern in den Köpfen, die ein Stück reale deutsche Vereinigung darstellen. Gerade alltägliche Begebenheiten, wie die seit einer Begegnung bestehende Freundschaft dreier Mädchen aus Finowfurt mit einer Gruppe Neuköllnerinnen, sind wichtige Ereignisse zum Abbau von Vorurteilen und Rassismus. Denn so alltäglich und selbstverständlich sind solche Freundschaften leider (noch immer) nicht. Die Seminare machen deutlich, wie notwendig Orte der Begegnung sind, und wie wichtig angesichts und trotz der Spar- und Kürzungsdiskussionen deren Erhalt.

„Es kostet Überwindung, aufeinander zuzugehen, aber gemeinsam haben wir die Hindernisse aus dem Weg geräumt."

Wer sind wir?

Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein hat ihren Sitz in Werftpfuhl im Landkreis Barnim, 20 km vom Berliner Stadtrand, entfernt direkt an der Regionalbahn 25. Die BildungsreferentInnen des Hauses führen, unterstützt durch Teams von HonorarmitarbeiterInnen, Wochenseminare der außerschulischen politischen Bildung mit SchülerInnen und Auszubildenden aus Berlin und Brandenburg durch. Fragen der persönlichen Lebens-

planung und Perspektive werden dabei in Bezug zu den gesellschaftlichen Verhältnissen gesetzt und nach Wegen der Vertretung der eigenen Interessen gesucht. Daneben finden Internationale Begegnungen hauptsächlich mit PartnerInnen aus Osteuropa, Fortbildungen für Aktive der Jugendarbeit und Kooperationsseminare statt. Das Haus kann auch von anderen Gruppen belegt werden. Es verfügt über eine umfangreiche Ausstattung an Seminartechnik und -räumen, insgesamt 70 Betten in 2-,4- und 8-Bett-Zimmern und zahlreiche Freizeitmöglichkeiten im Haus und auf dem Gelände wie Billard, Tischtennis, Kicker, Discoraum, Grill- und Lagerfeuerplatz, Beachvolleyballfeld, Bolzplatz, Fahrräder und Gesellschaftsspiele. Für Gruppen mit Kindern unter 12 Jahren bietet das Haus Sonderkonditionen.

Thomas Gill

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Freienwalder Chaussee 8 – 10, 16356 Werftpfuhl, Tel.: 03 3398/ 89 99-12, Fax: 03 33 98/89 99-13

Neukölln-Finowfurter Begegnungen Fotos: Privat

Quartiersmanagement und Kindertagesstätten

Der Senat kommt seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.

Quartiersmanagement bezieht sich auf Wohngebiete mit sozial benachteiligten Bedingungen wie schlechtes Wohnumfeld, schlechte bauliche Struktur, schlechte soziale Verhältnisse, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfedichte und hoher Ausländeranteil.

Laut Senatsbeschluss vom 30. März 1999 gehören dazu 15 Gebiete, für die jetzt drei Jahre lang, im Pilotprojekt, ein Quartiersmanagement vorgesehen ist.

Das Quartiersmanagement soll sich an den jeweils vorhandenen spezifischen Problemen – aber auch Stärken – der Wohngebiete orientieren und durch eine verbesserte Koordinierung und Kooperation der bestehenden Institutionen, Gruppen, Vereine und Verbände die Lebensqualität in den Gebieten verbessern. Zur Koordinierung und Steuerung dieser quartiersorientierten, integrierten Stadtteilentwicklung wird in den festgelegten Gebieten ein „Quartiersmanager“ eingesetzt. Die Quartiersmanagement-Gebiete sind von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr festgelegt worden, die Senatsjugendverwaltung ist dabei nicht beteiligt worden. Trotzdem hat die Senatsjugendverwaltung diese Festlegung übernommen. Nur dort soll künftig die nach dem Kita-Gesetz vorgesehene besondere Förderung von sozial benachteiligten Kindern möglich sein.

Diese Förderung wird in der Kita-Personalverordnung geregelt. Sie besagt, dass für Kinder in sozial benachteiligten Gebieten der Zuschlag von 0,01 Stellen für ErzieherInnen je Kind zu berechnen ist. „Dieser Zuschlag wird gewährt, wenn das bei der Anmeldung zugrunde gelegte Einkommen weniger als 30.000 Mark jährlich beträgt und das Kind in einem Wohngebiet mit sozial benachteiligenden Bedingungen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Als Wohngebiete mit sozial benachteiligenden Bedingungen gelten die Wohngebiete, die von der zuständigen Senatsverwaltung festgelegt werden. (...)“

Foto: Erik-Jan Ouwekerk

Die jetzt benannten Quartiersmanagement-Gebiete haben ohne Zweifel verstärkten Entwicklungsbedarf. Dieses Kriterium ist aber für die Bemessung von Personalzuschlägen für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten nicht ausreichend, da hier zusätzlich die Ergebnisse der in § 80 Abs. 4 Kinder-Jugendhilfegesetz (KJHG) vor-

Fortsetzung nächste Seite

geschriebenen Jugendhilfeplanung einzubeziehen sind. Im Ausführungsgesetz zum KJHG heißt es, dass Planungen anderer Verwaltungen die Jugendhilfeplanung einbeziehen sollen, insbesondere die Schul-, Gesundheits-, Verkehrs-, Sozial-, Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauplanung, soweit sie sich auf die Lebenswelt und die Zukunftsperspektiven von jungen Menschen und Familien auswirken können.

Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Hätte die Senatsjugendverwaltung die Daten der bezirklichen und überbezirklichen Jugendhilfeplanung einbezogen, gäbe es mit Sicherheit sehr viel mehr Wohngebiete mit sozial benachteiligenden Bedingungen. Kinder, die nicht in den Quartiersmanagement-Gebieten wohnen, die genau definiert sind nach Straßen und Hausnummern, ähnlich den Einzugsgebieten für die Grundschulen, aber trotzdem in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, werden so nicht erfasst. Wer auf der falschen Seite einer Straße lebt, hat eben Pech gehabt. Die Beschränkung auf die 15 Gebiete des Quartiersmanagement lässt den Schluss zu, dass nicht die gesetzlichen und fachlichen Kriterien, sondern finanzielle Gründe bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt haben.

Die GEW BERLIN hat deshalb alle JugendstadträtInnen, die Jugendhilfeausschüsse, die familien- und jugendpolitischen SprecherInnen der Fraktionen und die Senatorin für Schule, Jugend und Sport angeschrieben und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben angemahnt. Dies bedeutet, dass die Wohngebiete mit sozial benachteiligten Bedingungen neu festgelegt werden müssen und die Daten der Jugendhilfeplanung dabei zu berücksichtigen sind.

Die Fachgruppe Tageseinrichtungen hat eine zeitlich begrenzte AG Quartiersmanagement eingerichtet, die Handlungsstrategien auf der Grundlage des KJHG entwickeln soll. Diese AG trifft sich am 14. Oktober, 4. November, 25. November, 16. Dezember jeweils um 18 Uhr im GEW-Haus. Alle sind herzlich eingeladen.

Christiane Weißhoff und Detlef Marschner
Fachgruppe Tageseinrichtungen

Festgelegte Quartiersmanagement-Gebiete

- Neues Kreuzberger Zentrum/ Wassertorplatz *(Kreuzberg)*
- Wrangelstraße *(Kreuzberg)*
- Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark *(Schöneberg)*
- Magdeburger Platz *(Tiergarten)*
- Beusselstraße *(Tiergarten)*
- Sparrplatz *(Wedding)*
- Soldiner-/Wollankstraße *(Wedding)*
- Helmholtzplatz *(Prenzlauer Berg)*
- Falkplatz *(Prenzlauer Berg)* Boxhagener Platz *(Friedrichshain)*
- Rollbergsiedlung *(Neukölln)*
- Schillerpromenade *(Neukölln)*
- Sonnenallee *(Neukölln)*
- Oberschöneweide *(Köpenick)*
- Marzahn-Nord *(Marzahn)*

Herbst-LDV 1999

Die ordentliche Herbstsitzung der Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW BERLIN findet am Dienstag, dem 30. November und Mittwoch, dem 1. Dezember '99 jeweils von 9-18 Uhr in der Kongresshalle am Alexanderplatz, Alexanderplatz 4, 10178 Berlin-Mitte statt.
Es gelten für diese LDV entsprechend des Landesvorstandsbeschlusses vom 28. September 1998 folgende Antragsfristen:

• Anträge auf Satzungsänderungen können nur vom Landesvorstand (LV), den Bezirks- und Fachgruppenleitungen oder von mindestens 10 Prozent der Delegierten (d.h. 44) gestellt werden und müssen bis Donnerstag, den 30. September beim Geschäftsführer eingereicht sein.
• Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens sechs Wochen vor der LDV schriftlich eingereicht werden (Dienstag, 12. Oktober).
• Anträge/Beschlussvorlagen müssen bis spätestens Dienstag, den 26. Oktober in der Geschäftsstelle eingegangen sein.
Jedes Organ der GEW BERLIN und jedes Mitglied der LDV ist antragsberechtigt. Delegierte, die für die gesamte Dauer der LDV zwingend verhindert sind, können durch eine Nachrückerin/ einen Nachrücker vertreten werden, wenn sie ihre Verhinderung der Geschäftsstelle schriftlich spätestens bis zum 26. Oktober mitteilen. Die Benachrichtigung der Nachrückerin bzw. des Nachrückers erfolgt durch die Geschäftsstelle.

Udo Jeschal,
Geschäftsführer

Wir trauern um

Ludwig Heise

*** 5.4. 1924 † 23.7. 99**

Ludwig gehörte als engagierter Gewerkschafter jahrzehntelang der Bezirksleitung der GEW Steglitz und dem Steglitzer Personalrat an. Er war lange Zeit sowohl stellvertretender Bezirksvorsitzender als auch stellvertretender Vorsitzender des Personalrats.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Die Bezirksleitung der GEW Steglitz/Zehlendorf

Wir trauern um

Prof. Ulf Schramm

*** 24.5.1933 † 30.8.1999**

Wissenschaft war für ihn verbunden mit aktivem sozialen Handeln. Er stand immer auf der Seite der Schwachen. Einfühlsamkeit und Menschlichkeit prägten seinen Umgang mit Studenten.

Wir werden ihn in
guter Erinnerung behalten.

Seine Freunde und Studenten.

Wir trauern um unsere Kollegin

Ilona Sprengel

*** 24.5.1948**

Durch einen Badeunfall an der portugiesischen Atlantikküste haben wir sie am 1. August 1999 verloren. Ilona war Lehrerin und GEW-Vertrauensfrau am Menzel-Gymnasium und als Nachrückerin im Personalrat tätig.

Wir werden ihr Engagement, ihre Wärme und Menschlichkeit nicht vergessen.

Für den Personalrat *Gudrun O'Daniel*
Für die GEW Tiergarten *Bernhard Lilienthal*

Stadtkinder mobil sein lassen

Freies Fahren mit Kettcar, Fahrrad oder Roller in der Großstadt? Wo können Kinder ohne Gefährdung ihre Fähigkeiten ausprobieren, Erfahrungen sammeln?

Foto: Werner Eckart

Seit gut zwei Jahren ist dies jeden Nachmittag auf dem Gelände der Verkehrsschule Steglitz möglich, d.h. dem Gelände, auf dem vormittags durch die Polizei Schülerinnen und Schüler für die Fahrradprüfung ausgebildet werden. Nach den guten Erfahrungen in Steglitz mit dem freien Nachmittagsangebot für Kinder und Jugendliche folgen nun die Verkehrsschulen Zehlendorf und Wilmersdorf. Möglich macht dies der Landesverband Berlin des VCD (Verkehrsclub Deutschland), der das Nachmittagsangebot für die drei Verkehrsschulen übernommen hat.

Verkehr spielen ohne Risiko

In der Regel täglich können Kinder im freien Spiel Verkehrssituationen er„fahren". Das Nachmittagsangebot unterscheidet sich von der schulischen Verkehrserziehung nicht nur dadurch, dass die Kinder aus eigenem Antrieb kommen und selbst entscheiden, wie lange und wie oft sie kommen; außerdem wird nicht systematisch auf abfragbare Lernziele hin unterrichtet. Die meisten Kinder merken nicht einmal, wieviel sie hier spielerisch lernen, indem sie ganz unterschiedliche Verkehrssituationen einfach erleben. Nachmittags vermischen sich die verschiedenen Altersstufen , so dass jüngere Kinder von Älteren lernen können, Ältere dagegen lernen, Verantwortung zu übernehmen. Für viele haben natürlich auch die Kettcars den Reiz des Besonderen. Hinter dem Steuer eines „Kettenautos" haben Kinder Gelegenheit, den Verkehr einmal aus einer anderen Perspektive kennen zu lernen. So können sie, die ja sonst nur zu Fuß gehen oder Fahrrad fahren, spielerisch nachvollziehen, welche Probleme im Verkehrsgeschehen auftreten können.

Stadtkinder mobil machen

Ein Kettcar mit eigener Muskelkraft fortzubewegen, erfordert übrigens viel Energie und powert Kinder ganz schön aus. Die Verkehrsschulen bieten also Bewegung im Freien bei jedem Wetter. Neben dem Einüben von koordiniertem Verhalten gewinnen Kinder Schritt für Schritt mehr Übersicht in Verkehrssituationen. Kernstück des Angebots ist das „Freie Fahren" unter Anleitung. Kettcars und Fahrräder in allen Größen stehen den Kindern kostenlos zur Verfügung. Neben dem freien Fahren, zu dem man sich nicht anmelden muss, gibt es zu gesonderten Terminen u.a. Geschicklichkeitsparcours, Fahren mit Inline-Skates. Es besteht auch die Möglichkeit, dass Kinder die Fahrradprüfung nachholen können.

Fahrradreparieren und Angebote für die ganze Familie

Einmal pro Woche können Kinder und Jugendliche in einer Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt unter fachkundiger Hilfe lernen, kleine Schäden selbst zu reparieren. Das Werkzeug wird kostenlos zur Verfügung gestellt, Ersatzteile müssen aber selbst gekauft werden. Familien-Radtouren und andere Veranstaltungen für Erwachsene wie Pannenkurse, spezielles Sicherheitstraining usw. gehören ebenfalls zum Angebot. Kindergeburtstage haben sich zum besonderen Renner in der Verkehrschule Steglitz entwickelt: Die Familie sorgt vor Ort für das Kuchen- und Getränkeangebot, während die Geburtstagsgesellschaft genügend Gelegenheit hat, die gewonnene Energie wieder abzustrampeln. In Steglitz ist der Geburtstagskalender schon lange im Voraus ausgebucht.
Wer Näheres über das Angebot der drei Verkehrsschulen erfahren möchte, kann Informationen in der Geschäftsstelle des VCD-Berlin, Yorckstraße 48, Tel. 446 51069 bekommen. Der VCD Berlin engagiert sich darüber hinaus in weiteren Bereichen der Verkehrserziehung. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen vor allem auch für Lehrkräfte höherer Klassen.

Verkehrsschule Wilmersdorf:
Bundesallee/Waghäuseler Str.,Di - Fr 14 - 19 Uhr
Sa 12 bis 17 Uhr.

Verkehrsschule Zehlendorf:
Brittendorfer Weg 16 a, Di/ Do/ Fr 14 - 19 Uhr,Mo/ Mi 16 - 19 Uhr, Sa 12 - 17 Uhr

Verkehrsschule Steglitz:
Albrechtstraße 42, Mo/ Mi/ Do/ Fr 14 - 19 Uhr, Sa 12–17 Uhr

Bärbel Jochum-Mann

Anzeige

GEW-Kalender 2000:
Bitte in der GEW BERLIN anfordern

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle Kolleginnen und Kollegen, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentnern wird in den nächsten Wochen erscheinen und weiterhin zugeschickt werden. Ständig gestiegene Portokosten zwingen uns aber, das Verfahren zu verändern.

Den Kalender 2000 können wir nur noch auf Bestellung zuschicken. Wer also auch im kommenden Jahr den GEW-Kalender nutzen will, muss bitte den nachfolgenden Abschnitt an die GEW BERLIN senden (aus organisatorischen Gründen: bitte keine telefonischen Bestellungen). Der Versand der Kalender erfolgt Mitte/Ende Oktober.

Udo Jeschal (Geschäftsführer)

Diese Regelung gilt nicht für den „Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 1999/2000", dieser wurde wie in allen vorangegangenen Jahren bereits über die Vertrauensleute an den Schulen verteilt.

GEW-Kalender 2000 – **Ja,** den will ich haben !

Name: .....

Adresse: .....

.....

Ich bin:
❑ in einer sozialpädagogischen Einrichtung beschäftigt
❑ im Bereich Hochschule und Forschung tätig
❑ Rentnerin/Rentner bzw. Pensionärin/Pensionär

bitte bis zum 15.10.99 an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden, faxen (030 / 219993-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de).

Theater und Schule

Theater Strahl
FAHR AWAY: Das neue Stück vom Theater Strahl spielt in einem Jugendcamp, in dem sich eine Handvoll Jugendlicher treffen, um die Natur und sich selbst zu erforschen. (ab 13 Jahre). 21.9. (Premiere); 23.9. jeweils um 19 Uhr (Weisse Rose)
Genau wie immer: Gastspiel Theater Havarie, ein Lust-Spiel über Liebe und Sexualität Vom 28.9. bis 1.10. jeweils um 11 Uhr (außer 28.9.: 19 Uhr) in der Weissen Rose; 12.-15.10. jeweils um 11 Uhr im Haus der Jugend.
Wilder Panther, Keks (ab 14): Ein Theaterstück über Gefühle und Drogen. Vom 5.-7.10. (Weisse Rose)
Gleich knallt's! (ab 14): Ein Stück über die Suche nach dem Glück. Am 12.10. um 11 und 19 Uhr; 13.10 um 11 Uhr (Weisse Rose). Spielorte: Die Weisse Rose, Martin-Luther-Str. 77 in Schöneberg; haus der Jugend, Zillestr. 54-62 in Charlottenburg. Kartenvorbestellungen: 695 99 22

Grips Theater
Linie 1: 23.-25.9. jeweils um 19.30 Uhr
Eins auf die Fresse (ab 13): 28./29.9. jeweils um 10 Uhr
Auf der Kippe (ab 7): 1.10 um 16 Uhr (Premiere), 2.10 um 16 Uhr; 4.10. um 11 Uhr
Cafe Mitte (ab 16): 1./2. und 6.10. um 19.30 Uhr, 4./5.10. um 18 Uhr
Kein Feuer ohne Kohle (ab 14): 5./6.10. um 11 Uhr, 7.10. um 18 Uhr, 8.10. um 19.30 Uhr
Alles Gute (ab 10): 11.-14.10. jeweils um 10 Uhr
Grips Theater, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin-Tiergarten, Tel. 393 30 12 (Vormittagaufführungen), Tel. 391 40 04 (Nachmittag- und Abendveranstaltungen).

Fliegendes Theater
Herr Uhus verrückte Geschichten (4-8 Jahre): Herr Uhu sammelt Trödel, wenn er das Gefundene in seiner Dachkammer auspackt fallen ihm verrückte Geschichten dazu ein. Am 28.9. um 15 Uhr; am 29./30.9. um 10 Uhr; 3.10. um 16 Uhr; 5.10. um 15 Uhr; 6./7.10. um 10 Uhr; 10.10. um 16 Uhr.
Paule geht einkaufen (4-8 Jahre): Paule wird von seiner Mutter zum erstem Mal alleine einkaufen geschickt.. Vom 12.-13.10. jeweils um 10 Uhr.
Fliegendes Theater, Hasenheide 64 in Neukölln am Südstern, Tel. 692 21 00.

Theater Gaukelstuhl
T-raumschiff T-Error: Ein Raumschiff kreuzt durch das All. Seine Mission - die tägliche Live-Übertragung einer Soap Opera zur Erde. An Bord vier Protagonisten. Jeder hat etwas zu verbergen. Jeder benutzt den anderen: Manipulation – Verrat – Konspiration - Leben – Gefahr.
Bis zum 23. Dezember von Dienstag bis Donnerstag und jeweils um 10.30 Uhr.im Juks, Schönhauser Allee 165 in Prenzlauer Berg. Kartenvorbestellungen: 787 42 49 oder 61 40 19 21.

Ein Kind unserer Zeit
Nach einem Roman von Ödön v. Horváth spielen Utz Pannike (Schauspieler der Landesbühne Sachsen) und Katja Heiser (Staatsschauspiel Dresden) einen Monolog mit Posaune zum Thema Krieg und Soldatentum. Die mobile Produktion dauert etwa 70 Minuten und kann ohne größeren Aufwand auch in Schulen und Jugendzentren gespielt werden. Kontakt: Alfred Haberkorn, Kamenzer Str. 36, 01099 Dresden, Tel. 0351/ 80 10 561.

Ausstellung

Anne Frank – eine Geschichte für heute

In diesem Jahr wäre Anne Frank 70 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass präsentiert das Anne Frank Zentrum Berlin, die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses Amsterdam, die internationale Wanderausstellung „Anne Frank - eine Geschichte für heute" vom 1. bis 31. Oktober 1999 im Ausstellungs-Zentrum des Polnischen Kulturinstituts (gegenüber dem Roten Rathaus).
Die Ausstellung wurde seit Mai 1998 in bisher 14 Städten Deutschlands von rund 56.000 Menschen besucht. Nach der Präsentation im September in Saarbrücken wird sie ab 1. Oktober 1999 (Eröffnung durch Bundesfamilienministerin Bergmann) in Berlin zu sehen sein. Die Ausstellung erzählt die Geschichte des Holocaust aus der Sicht Anne Franks und ihrer Familie. Zeitzeugenporträts ergänzen die Präsentation eindrucksvoll. Die Ausstellung regt an, über Menschenrechte, Demokratie und Toleranz als Grundwerte menschlichen Zusammenlebens nachzudenken.
Neben Einzelbesuchern sind insbesondere auch Jugendgruppen und Schulklassen eingeladen, diese Ausstellung zu besuchen. Dazu werden Führungen von ehrenamtlichen, meist jugendlichen BegleiterInnen angeboten. Dies hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt.
Es wird deshalb gebeten, nicht nur diese Ausstellung zu besuchen (bitte vorher telefonisch anmelden), sondern SchülerInnen und andere Interessierte auf diesen Service hinzuweisen und – wenn erforderlich – auch einen Besuch während des Schulunterrichts zu ermöglichen.
Für Anmeldungen, weitere Informationen über die Ausstellung, die vorbereitenden Seminare sowie die Arbeit des Anne Frank Zentrums in Berlin wenden Sie sich bitte an das Zentrum in der

Oranienburger Str. 26, 10115 Berlin,
Tel.: 030 / 30 87 29 88.

Fortbildung

Naturwissenschaft im Alltag
LehrerInnen der Sekundarstufen I und II aller Schulformen stellen aus ihrem Unterricht Beispiele eines handlungs- und anwendungsorientierten Mathematikunterrichts vor. Veranstaltet von MUED e.V. findet die Veranstaltung vom 18.-21.11. im Haus Villigst in 58239 Schwerte statt. Anmeldung: MUED e.V., Bahnhofstr. 72, 48301 Appelhülsen, Tel. 02509-606, Fax 02509-996516, e-mail: mued.ev@t-online.de

Studienreise Weißrußland
Das Museum Karlshorst veranstaltet vom 15. – 24. Oktober eine Studienreise nach Weißrußland (Brest-Minsk-Vitebsk). Die Route führt abseits der Großstädte und bietet Gespräche mit Zeitzeugen aus der Zeit 1941-44 sowie Besuche von Archiven, Museen und der Geburtsstätte von Marc Chagall. Die Reise kostet 1.200,– DM incl. aller Nebenko-

Anzeige

Für alle Fälle

Wann bekomme ich Sonderurlaub? Wer hat in der Gesamtkonferenz Stimmrecht? Kann ich mich gegen eine Umsetzung wehren? Wer genehmigt meine Klassenfahrt? Antwort auf Ihre Fragen erhalten Sie in der Loseblattsammlung Berliner Recht für Schule und Lehrer: schnell und unkompliziert. Die Sammlung wird durch jährlich zwei Ergänzungslieferungen auf aktuellem Stand gehalten. Für alle Fälle.

110,– DM*
(für Nichtmitglieder: 130,– DM*)
*Bei Zusendung zusätzlich 15,– DM Versandkosten

GEWIVA Ahornstraße 5 10787 Berlin
Tel: 21 99 93-62

sten und ist als Bildungsurlaub anerkannt. Information: Museum Karlshorst, Tel. 501 508 41 (Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin) oder Ingrid Damerow, Tel. 833 41 11.

Aus- und Fortbildung am SPI
Das Sozialpädagogische Institut Berlin bietet Kurse zur Aus- und Fortbildung: In zwei Jahren berufsbegleitend zur staatlich anerkannten Heilpädagogin (ab 1. November); in drei Jahren berufsbegleitend zur staatlich anerkannten ErzieherIn. Außerdem gibt es eine Reihe Fortbildungsveranstaltungen für ErzieherInnen und HeilpädagogInnen, darunter die Fortbildung „Qualitätsentwicklung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe" (ab Januar 2000). Weitere Informationen: SPI, Hallesches Ufer 32-38, 10963 Berlin, Tel. 25 112 08, e-mail SPI-Fachschule@snafu.de oder im Internet: www-spi-berlin.de

GEW-Jugendhilfekongress 1999
Am 5./6. November findet in Halle der 4. GEW-Jugendhilfekongress statt, der sich unter anderem mit der Frage „Verabschiedet sich der Staat aus der Jugendhilfe?" auseinander setzen will. Die Teilnahme an dem Kongress ist für GEW-Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder müssen einen Tagungsbeitrag zahlen. Weitere Informationen: GEW Hauptvorstand, z. H. Hadwig Löns, Postfach 900409, 60444 Frankfurt a.M., Tel. 069/ 78973-329, Fax: -103, e-mail: loensh@gew.de

Aktivitäten

Sport verbindet – gegen Ausländerfeindlichkeit
Im Rahmen der „Woche der ausländischen Mitbürger" veranstaltet der DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg am 25. September in der Charlottenburger Sömmeringhalle ein Fussballturnier, bei dem Betriebsmannschaften verschiedener Nationalitäten aus Berlin und Brandenburg antreten. Für die musikalische Unterstützung sorgen „Die bösen Mädchen". Einlass ab 8.30 Uhr Ende: ca. 18 Uhr. Eintritt frei.

Interkulturelle Jugendprojekte
Das Haus der Kulturen der Welt veranstaltet im September/ Oktober die Veranstaltungsreihe „next – Interkulturelle Jugendprojekte". Bis zum 17. Oktober wird im Rahmen der Veranstaltungsreihe die Ausstellung „blank_Architecture, apartheid and after" gezeigt. Die Ausstellung zeichnet eine außergewöhnliche Landkarte des heutigen Südafrika: eine Topographie der 43 Jahre währenden Apartheid. Die Führung geht aber nicht nur auf das Südafrika nach der Befreiung von einer langen Zwangsherrschaft ein, sondern stellt auch Fragen nach dem Einfluss von politischer und wirtschaftlicher Macht beim Umbau der eigenen Stadt. Die Führung für Schulklassen dauert 45 Minuten und ist für Schüler ab 12 Jahren geeignet. (Inklusive Eintritt 50,– Mark pro Klasse). Im Rahmen der Reihe werden auch Filme gezeigt, gibt es Lesungen und Konzerte speziell für SchülerInnen. Info und Anmeldung: 39 78 71 83. Informationen auch über die Internetseite des HdKdW: www.hkw.de

Wettbewerb deutsch-türkischer Jugendaustausch
Die Körber-Stiftung bietet Lehrern und Jugendgruppenleitern die Chance, innovative deutsch-türkische Jugendbegegnungen durchzuführen. Teilnehmen können Gruppen, die ein konkretes Austauschprojekt belegen können, nachgewiesen durch Programm, Teilnehmerliste und Projektbeschreibung. In jedem Wettbewerbsdurchgang bekommen bis zu vier Projekte je einen zweckgebundenen Preis in Höhe von 5000 Mark für die Austauschfahrt in die Türkei oder für den Gegenbesuch in Deutschland. Für besonders gute Projektberichte gibt es außerdem einen Extrapreis von 1000,– Mark. Einsendeschluss ist der 15.12.99, der 15.6. 2000 und der 15.12. 2000. Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen über: Körber-Stiftung, deutsch-türkischer Jugendaustausch, 21027 Hamburg. Tel. 040 7250 2512, Fax 040-7250 3922. E-mail: tuerkei@stiftung.koerber.de oder im Internet: www.jugendaustausch.de
Die Körber-Stiftung gibt auch ein „Handbuch zum deutsch-türkischen Jugendaustausch heraus. Das Loseblattwerk ist auf aktuellen Stand für 30,– DM bei der Stifung erhältlich. Die drei Ergänzungen pro Jahr kosten im Abonnement 10 Mark jährlich ist.

50 Jahre DGB
Anlässlich seines Jubiläums zeigt der DGB im Foyer des DGB-Hauses in der Schöneberger Keithstraße zwei Ausstellungen:
• Vom 8. Oktober bis 3. November zeigt die Ausstellung „Gewerkschaftsstadt Berlin" die wichtigsten Stationen der Gewerkschaftsentwicklung, ihre Präsenz im Stadtbild (Häuser, Denkmäler Straßennamen) und die politische und organisatorische Vielfalt der Gewerk-

Klett Diskussionsforum – Ideen für die Schule der Zukunft
Einladung an alle Lehrerinnen und Lehrer in Berlin

Bildung und Ausbildung für eine computerisierte Gesellschaft – was tun in der Schule?

Vortrag von Prof. Dr. Klaus Haefner,
Lehrerausbildung an der Universität Bremen,

am Mittwoch, den 27. 10. 1999
17.45 Uhr Einlass zum kleinen Buffet
18.30 Uhr Beginn des Vortrags

im „Haus der Kirche",
Goethestr. 27 (U-Bahn-Linien 2/7),
10625 Charlottenburg

Anmeldung: Treffpunkt Klett Berlin
Tel.: (030) 2110788 / 89
Fax: (030) 2135795
E-Mail: tp.berlin@klett-mail.de

Klett

Supervision lohnt sich!
für die fachliche Arbeit und für die eigene Psychohygiene / Gesundheit
Regina Liedtke, Tel. 7 81 28 99
(langjährige eigene pädagogische und therapeutische Erfahrung mit „schwierigen" Kindern, sowie Eltern und Ämtern)

LESEN und SCHREIBEN e.V.
Lerntherapie • Familienberatung • Fortbildung • Praxisberatung
Große Bergstraße 261 • 22767 Hamburg
Tel/Fax: 040–38 55 83
Dreijährige Weiterbildung
Integrative Lernthearpie
Ganzheitlich-systematische Hilfestellung bei Lern-Leistungsstörungen im Lesen und Schreiben
Hamburg, Beginn: 7. Februar 2000
Einzelne Seminare und Seminarreihen auf Anfrage

Damit die Stimme wieder stimmt
Mit Körper-, Atem- und Stimmübungen Schwingungsfähigkeit und Tonus des Körpers verbessern und lernen, die eigene Stimme müheloser einzusetzen.
Fortlaufende Gruppe:
Do, 20.00 bis 21.15 Uhr
Einzelunterricht nach Vereinbarung
Atempraxis Gertrud Kutscher
Am Tempelhofer Berg 7D
Tel: 030/69 80 81-16

Beihilfe – leicht gemacht!
MEDIRENTA Berlin
Krankenabrechnung in einer Hand
Beihilfeanträge für Beamte • Krankenkassenabrechnungen • schriftliche & mündliche Probleme • übernimmt für Sie schnell & zuverlässig • ganzjährig
Ihre **MEDIRENTA**
Krankenkostenabrechnungs GmbH • Baldersheimerweg 38A • 12349 Berlin
Telefon: 030 / 6 05 10 01
Damit mehr Zeit für's Wesentliche bleibt!
Internet: http://www.medirenta.de • e-mail: info@medirenta.de

Anzeige Passat – Film aus

blz 8/99, Seite 37

Die beliebten Klassenfahrten

speziell für Grundschulen ins Wendland 200 km von Berlin, preisgünstiger Aufenthalt auf dem Reiterhof, abgeschlossenes, großes Naturgelände, zauberhafter Abenteuerwald, qualifizierter Reitunterricht, ab 20 Kindern zwei Begleitpersonen kostenlos in separater Ferienwohnung

Terminabsprache, Infos und kostenlose Videoausleihe

BGI GmbH, Brigitte Berenson
(030) 32 60 16 28

Jugend

Gruppen

Reisen

Film neu!!

PRAHA
Appartments zentrumsnah ab DM 25.-
Info (040) 280 24 15

Verlockende Reisen
Polen Reiten, Wandern, Stille
Schottland West Highland Way ab 1 040,– DM
Pakistan Trekking & Kultur 5 280,– DM
Bolivien Trekking 5 150,– DM
Unbekanntes Spanien – Rad & Wandern.
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
LockeToursBerlin
Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

FERN-, TRANSFER-, TAGES- und STADTRUNDFAHRTEN
Reisebusse mit 24, 36, 48 Sitzplätzen
BUS-TAXI Berlin, 13187 Wollankstr. 20
Tel. 4 85 24 00; Fax 4 85 24 09

Klassen- und Gruppenfahrten
ins In- und Ausland zu allen Jahreszeiten. Herbstferienreisen für Kinder und Jugendliche.
Lehmann's Kinder- u. Jugendreisen
Tel/Fax: 030–5 42 49 75 oder 0177–5 29 69 82

GEW-Kalender 2000:

Bitte in der GEW BERLIN anfordern

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle Kolleginnen und Kollegen, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentnern wird in den nächsten Wochen erscheinen und weiterhin zugeschickt werden. Ständig gestiegene Portokosten zwingen uns aber, das Verfahren zu verändern.

Den Kalender 2000 können wir nur noch auf Bestellung zuschicken. Wer also auch im kommenden Jahr den GEW-Kalender nutzen will, muss bitte den nachfolgenden Abschnitt an die GEW BERLIN senden (aus organisatorischen Gründen: bitte keine telefonischen Bestellungen). Der Versand der Kalender erfolgt Mitte/Ende Oktober.

Udo Jeschal (Geschäftsführer)

Diese Regelung gilt nicht für den „Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 1999/2000", dieser wurde wie in allen vorangegangenen Jahren bereits über die Vertrauensleute an den Schulen verteilt.

GEW-Kalender 2000 – **Ja,** den will ich haben !

Name: .....

Adresse: .....

.....

Ich bin:
- ❑ in einer sozialpädagogischen Einrichtung beschäftigt
- ❑ im Bereich Hochschule und Forschung tätig
- ❑ Rentnerin/Rentner bzw. Pensionärin/Pensionär

bitte bis zum 15.10.99 an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden, faxen (030 / 219993-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de).

schaften bis zur Unterdrückung und Auflösung 1933.
• Vom 8. bis 30. November würdigt die Ausstellung „Otto Suhr als Gewerkschafter" das gewerkschaftspolitische Engagement des 1957 verstorbenen Berliner Politikers.
Mit der Gründung des DGB nach 1945 befasst sich eine öffentliche Vortragsveranstaltung am 14. Oktober im Konferenzzentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hiroshimastr. 17, Berlin-Tiergarten). Der Berliner DGB-Vorsitzende Dieter Scholz und Prof. Siegfried Mielke vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin sind die Vortragenden.

Stadtrundfahrten mit dem Schiff

Die Geschichtswerkstatt bietet Historische Stadtrundfahrten mit dem Schiff an: Am Sonntag, 26. September um 11 Uhr zum Thema „Ab durch die Mitte", um 15 Uhr zum Thema „Hoppla, wir sind vereinigt".
Abfahrtstelle ist die Hansabrücke/Ecke Bundesratsufer mit der „Captain Cook". Kosten: 24.– DM, Kinder von 6 bis 14 Jahren die Hälfte.
Kartenvorverkauf: Tel. 215 44 50 (mittwochs von 10-14 Uhr; freitags von 15-18 Uhr).

EPIZ-Projekt für die Berufsschule

Ein Projekt zum Thema „Eine Welt/ Globales Lernen" für Berufsschulen bietet das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) an. Dabei geht es nicht nur um Merkmale und Bedingungen von Entwicklungsländern, sondern auch um ökologisch und wirtschaftliche Zusammenhänge weltweit. Mit erfahrenen ReferentInnen, mit interaktiven Spielen und unterschiedlichen Medien unterstützt das EPIZ die Lehrer.
Außerdem veranstaltet das EPIZ drei Fortbildungsseminare für Sozialkundelehrer an Berufsschulen:
- 8. Oktober: Probleme in Entwicklungsländern. Praktische Ansätze und Methodenerarbeitung. (BIL-Nr. 99.2-04100)
- 9. November: Wirtschaftspolitik und Probleme der Entwicklungsländer (BIL-Nr. 99.2-04101)
- Nach Vereinbarung: Neue Inhalte und Methoden für den Sozialkundeunterricht (BIL-Nr. 99.2-04102)

Die ganztägigen Veranstaltungen finden in den Räumen von EPIZ statt. Info und Anmeldung: EPIZ, Gneisenaustr. 67, 10961 Berlin, Tel. 692 64 19, e-mail: EPIZ-Berlin@t-online.de

Materialien

Hurra! Das Buch von der Fachtagung mit Vorträgen, Darstellungen aus den Arbeitsgruppen und diversen Materialien zum Grundschul-Reformprogramm 2000 und der 6-jährigen Grundschule ist endlich fertig und zum Selbstkostenpries von 12 Mark erhältlich in der GEW-Geschäftsstelle oder bei der Diesterweg-Hochschule. Die Herausgeber: Ursel Deppisch, Peter Heyer, Ulla Widmer-Rockstroh.

Das Leben von Otto Suhr

Otto Suhr engagierte sich schon als Student in der Gewerkschaft und war einer der ersten akademisch gebildeten Mitarbeiter in der freien Gewerkschaftsbewegung. Jetzt hat das nach ihm benannte Otto-Suhr-Institut der FU Berlin einen Katalog publiziert, der sich ausführlich mit dem politischen und gewerkschaftlichen Werdegang von Otto Suhr befasst. Der Katalog hat 145 Seiten und ist für 11,50 Mark im Sekretariat des OSI (Frau Reiter) erhältlich, Ihnestr.. 22, 14195 Berlin, Tel. 838 59 00.
Der Katalog geht auf eine Ausstellung des Otto-Suhr-Instituts zurück, die jetzt anlässlich des 50-jährigen Geburtstages des DGB im Foyer des DGB-Hause in der Schöneberger Keithstraße vom 8. bis 30. November gezeigt wird.

Medien und multikulturelle Gesellschaft

Das Buch will die gegenwärtige Diskussion über die multikulturelle Gesellschaft mit der Debatte über die Rolle der Medien verknüpfen und sie einem breitem Publikum zugänglich machen. Herausgegeben von Christoph Butterwege, Gudrun Hentges und Fatma Sarigöz ist „Medien und multikulturelle Gesellschaft" im Leske + Budrich Verlag erschienen. (ISBN 3-8100-2501-1; 39,– DM).

BAföG- Broschüre neu aufgelegt

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Broschüre „BAföG 1999/200" überarbeitet und neu aufgelegt. Sie gibt eine Überblick über die wichtigsten Regelungen des BAföG, die ergänzenden Rechtsverordnungen und Berech-

nungsbeispiele Mit dem 20. Änderungsgesetz sind die Bedarfssätze und die Freibeträge zum 1. Juli 1999 angehoben worden. Aktuelle Informationen und die für die Antragstellung erforderlichen Formblätter kann man auch im Internet abrufen: www.bafoeg.bmbf.de. Die Broschüre kann angefordert werden beim Bundesministerium für Bildung und Forschung, Broschürenstelle, 53170 Bonn, Tel. 0228/ 57 3245, Fax 57 39 17, e-mail: information@bmbf.bund400.de

Eltern-Lexikon Schule
Damit Eltern verstehen, wovon Schüler und Lehrer sprechen, hat der Studienkreis ein Lexikon erstellt, das 383 Begriffe rund um die Schule erläutert. Erhältlich ist die Broschüre gegen Einsendung eines mit drei Mark frankierten und adressierten DIN A5-Briefumschlages beim Studienkreis, Universitätsstraße 104, 44799 Bochum.

Literatur-Kartei „Anne Frank"
Die Literatur-Kartei zum Tagebuch Anne Franks geht über text-immanentes Erschließen hinaus. Wo immer möglich, wird der aktuelle Bezug gesucht. Die vielen projektbegleitenden Arbeitsanregungen fördern die selbstständige Auseinandersetzung der SchülerInnen mit dem Tagebuch. Zusatzinformationen und hilfreiche Internetadressen helfen dabei. Das Buch von Uta Hartwig ist ab Klasse 6/7 einsetzbar, kostet 38,– Mark und ist im Verlag an der Ruhr, Alexandersstr. 54, 45472 Mülheim erschienen.

Internet

www.b-o.de ist die Internet-Seite des kommerziellen Anbieters „bildung online" mit Informationen über Dienstleistungen, Anbieter und Produkte im Bereich Bildung.

www-spi-berlin.de informiert über die Arbeit des Sozialpädagogischen Instituts Berlin und die Fortbildungsangebote für die Kinder- und Jugendhilfe.

www.stiftung.koerber.de ist die Adresse der Internetseite der Körber-Stiftung mit Informationen über die laufenden Wettbewerbe und andere Aktivitäten der Stiftung.

Stellenbörse

Jugendprojekt in Spandau sucht LehrerIn mit Zweitem Staatsexamen für Mathematik und Naturwissenschaften: Teilzeit 30,8 Stunden. Tel. 334 14 71. ■

Supervision
Einzel-, Team- und Gruppensupervision für professionelle Helfer in psychosozialer, pädagogischer und therapeutischer Praxis.
Brigitte Franken-Wiesweg
Tel. 030/ 7 44 39 40

Coaching – Einzelsupervision
für LehrerInnen
Joachim Maier, Gestalttherapeut
Tel. 030 784 53 94

Spanisch & Portugiesisch
Sprachkurse Sprachreisen
anerk. Bildungsurlaub
Übersetzungen
4495650
Jetzt 2x in Berlin:
Mitte (U2,U8)
Charlottenburg (U2,U7)
LoRika

Klassenfahrten 2000
z.B. an die „Südliche Nordsee"
- Badeorte Norden/ Norddeich u. Neßmersiel sowie Orte im „Land hinter den Deichen"
- Jugendgästehäuser mit Halbpension
- Appartments/ Zimmer mit DU/WC
- Zwei Begleiter erhalten Einzelzimmer
- Tolle Programm- und Ausflugsmöglichkeiten
- Fahrten per Bus oder per Bahn möglich
- Prospekt / individuelle Angebote auf Anfrage

„Klasse on Tour"-GmbH
44532 Lünen, Bismarckstr. 38
Tel: 02306/2 59 44 • Fax: 25 94 46
E-mail: klasse-on-tour@t-online.de
Internet: www.klassentour.de

Propolis BAUGESELLSCHAFT MBH
ZIMMERE!
MAURERE!
INNENAUSBAU
PLANUNGSBÜRO
Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Klassenfahrt
mit Kanu und Paddelboot durch's Dahmeland und Spreewald. Vollpension, 24-Stunden-Service, Betreuer frei, sehr preiswert
Kanusport Dahmeland
15757 Halbe • Lindenstr. 47
033765/8 05 07; Fax: 033765/9 97 50

Tagungshaus in Wendland
mit kleiner Bio-Landwirtschaft und Tieren; max. 45 Pers.; für Gruppen ab 8 Pers. DM 15,-; nur Wochenende DM 20,-, Selbst-, Teil-, bis Voll- und Vollwert-Verpflegung mögl., 3 abgeschlossene Wohnbereiche, Betreuung u./od. Exkursionen vermittelbar.
29482 Meuchefitz (150 km von HH, 250 km von Berlin, mit Bahn + Bus)
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76

berliner klub TOURIST
Das Reisebüro nur für Euch!
Klassenfahrt?
Ferienlager?
Jugendreise?
Riesenangebot!
Kataloge anfordern!
bkT, Niederbarnimstraße 23
10247 Berlin, Tel.: 030/2929618
Internet: bkT.Junges-Reisen.de

welcome tours

Film blz 8/99, S. 39

Kleinanzeigen

Aquarellkurse in den Herbstferien in kl. Gruppen mit erf. Kursleiter Info und Anmeldung: 038232/8 95 59

GELD FÜR BEAMTE und ANGESTELLTE
im öffentlichen Dienst (Voraussetzung: Unkündbarkeit)
MASELBANK
Seit 35 Jahren im Dienste der Deutschen Beamtenschaft tätig.
LANGFRISTIGE DARLEHEN
bis DM 250.000,- * Laufzeiten bis 25 Jahre
RATENKREDITE Laufzeiten bis 84 Monate
auch für kostensparende **UMSCHULDUNGEN**
MASEL BANK Heerstr. 18/20 - 14052 Berlin 19
Postanschrift: 14004 Berlin
Telefon (030) 300 683 - 0
- SPEZIALBANK -
Bitte fordern Sie unsere Informationsschrift an. Das ist für Sie kostenlos und völlig unverbindlich.

Die GEW im Internet: http://www.gew-berlin.de

- **aktuelle Veranstaltungshinweise: .../aktion.htm**
- **aktuelle Presseerklärungen: .../presse.htm**
- **aktuelles Seminarprogramm: .../seminare.htm**
- **lieferbares Informationsmaterial: .../info.htm**
- **Lehrprobenbörse: .../lpb.htm**
- **Adressen,** Beratungsmöglichkeiten, Mitgliederservice, Leistungen, Links...

A 1702 E • Gewerkschaftliche Wirtschafts-, Verlags- und Veranstaltungs GmbH
Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Postvertriebsstück Entgelt bezahlt

Bildung und Erziehung müssen Priorität haben!

Am 10. Oktober 1999 sind Wahlen.
Die GEW BERLIN lädt ein zur Diskussionsveranstaltung mit ParteienvertreterInnen:

Zeit für Kinder

Mittwoch, 6. Oktober 1999,19.00 Uhr
im Jugendzentrum »Weiße Rose«,
Martin-Luther-Straße 7 • 10825 Berlin

Weitere Informationen in dieser blz Seite 10

Anders lernen in Dänemark

Am 28.9.99 besucht das vollständige Kollegium einer dänischen Schule Berlin und natürlich auch die GEW. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, etwas über eine ganz andere Schulkultur zu erfahren.

Ein Werkstattgespräch über Lernen und Lehren in der Sekundarstufe I mit KollegInnen aus Dänemark

Dienstag, 28.9.99; 19.00-21.30 Uhr
im GEW-Haus, Räume 31 – 34

Nach einem kurzen Einführungsvortrag in das dänische Schulsystem geht es weiter in moderierten Arbeitsgruppen:

Heterogenität und Homogenität in Unterricht und Schule ▪ Integrationspädagogik und Sonderschule ▪ Leistungsmessung, Notengebung und Schullaufbahn ▪ Die Schule in ihrem Umfeld

GEW im September / Oktober

27.9.	15.00 Uhr	AG Islamischer Religionsunterricht, Raum 33
28.9.	19.00 Uhr	„Anders lernen in Dänemark", alle Räume
30.9.	19.00 Uhr	Junge GEW, Raum 31
5.10.	15.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 33
	17.00 Uhr	AG Angestellte, Raum 32
	18.00 Uhr	Fachgruppe Kaufm. Schulen, Raum 33
	18.00 Uhr	Fachgruppe Gewerbl. Schulen, Raum 34
	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbild. Schulen, Raum 33
6.10.	17.00 Uhr	Referat F, AG 4: Personalräte der Bezirksämter, Raum 33
7.10.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss, Raum 33
	17.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
	19.00 Uhr	Landesausschuss für Frauenpolitik, Raum 34
11.10.	19.00 Uhr	AG Frauen, Raum 34
12.10.	17.00 Uhr	Fachgruppe Schulsozialarbeit, Raum 33
	19.30 Uhr	Fachgruppe Gesamtschulen, Raum 33
14.10.	17.00 Uhr	AG Lesben, Raum 34
	18.00 Uhr	AG Quartiersmanagement, Raum 33
20.10.	17.00 Uhr	Referat F, AG 4: Personalräte der Bezirksämter, Raum 33
21.10.	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
26.10.	15.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 33
28.10.	17.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34

Einladung an alle Frauen

Wahlversammlung

GEW Frauen

Es wird gewählt:
1. Bundesfrauenausschuß-Mandat des LV-Berlin
2. LDV-Mandat des Landesausschuß für Frauenpolitik

Wir hoffen auf zahlreiche Stimmenabgabe am

11. November 1999, 18.00 Uhr,
in der Geschäftsstelle der GEW, Ahornstr. 5, Raum 33

Im Anschluß wollen wir über das Thema „Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen" (Vortrag mit Diskussion) sprechen.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle der GEW BERLIN

Mo – Fr. 9.00–12.00 und 12.30–16.00 Uhr*
*Mi. bis 17.00 Uhr / Fr. bis 15.00 Uhr

Tel: 21 99 93–0
Fax: 21 99 93–50

e-mail: info@gew-berlin.de

Rechtsschutzstelle: GEW-Haus • Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz)

Telefonisch erreichbar sind wir über: **Tel. 21 99 93 45**
Mo – Do 13.00 – 16.00 Uhr Fr 13.00 – 15.00 Uhr
Persönliche Beratung erfolgt nur nach telefonischer Anmeldung.

Die GEW im Internet: http://www.gew-berlin.de